06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 167

Uwe Danker:[1] Landwirtschaft und Schwerindustrie Schleswig-Holsteins seit 1960:

Schlaglichter auf sektoralen Strukturwandel

„Land im Aufbau" – so überschrieb die schleswig-holsteinische Landesregierung die publizierte Fassung ihres Regierungsberichts für die Jahre 1950 bis 1954. Neben der Lektüre lohnt sich ein Blick auf das Titelbild, mit dem die Regierung den sozioökonomischen Wandel der frühen 1950er Jahre – in den Landesfarben Blau, Weiß und Rot(braun) – zu visualisieren suchte: die Tuschezeichnung zeigt den Blick vom Westufer am Ausgang der Kieler Förde nach Laboe, Schiffe sind zu sehen; im Vordergrund – in angenehmen Rotbrauntönen, aber unzeitgemäß und rückwärtsgewandt anmutend – Felder, ein Pferdegespann beim Stroheinfahren. Überlagert wird dieses Bild, mit wenigen Strichen skizziert, von den Umrissen eines Schweißers mit Schürze und Schutzmaske. Die stilisierten Wolken gehen über in die nietenbesetzte Außenhaut eines Schiffes. Unabhängig von dem offenkundig optimistisch-harmonisierenden Charakter der Selbstdarstellung wird eines deutlich: hier werden zwei Symbole der Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins plastisch zusammengeführt: eine mit der Kulturlandschaft überall präsente Landwirtschaft und vor allem an der Ostküste ebenfalls nicht zu übersehende Werften, die um markante Eisen produzierende und verarbeitende Betriebe zu ergänzen wären. Unabhängig von ihrer tatsächlichen volkswirtschaftlichen Bedeutung prägten Landwirtschaft und Schwerindustrie das Land, das leicht phasenverschoben im Rahmen des bundesdeutschen „Wirtschaftswunders" Vollbeschäftigung erreicht hatte.[2] Zwar sind auch heute noch knapp drei Viertel aller Flächen des Landes landwirtschaftlich bearbeitete Kulturflächen und gibt es immer noch (etwas) Schiffbau in Schleswig-Holstein, aber, so wird zu zeigen sein, die Entwicklung innerhalb dieser ehemals wirtschaftsstrukturellen Wahrzeichen Schleswig-Holsteins lässt sich *jeweils als ein tiefgreifender sektoraler Strukturwandel* beschreiben: ihre ökonomische Bedeutung ist nachhaltig zurückgegangen, die Zahl der Arbeitsplätze auf einen Bruchteil gesunken, die verbliebene Arbeit selbst völlig neu und anders konturiert. (Diagramm 1)

Bezogen auf den Primärsektor ganz deutlich, bezogen auf den Sekundärsektor ebenfalls erkennbar spiegelt sich die Entwicklung in der Statistik der Beschäftigtenzahlen in der schleswig-holsteinischen Gesamtwirtschaft von 1950 bis 1990: Während sich die Zahl der Erwerbstätigen in Handel, Verkehr und übrigen Dienstleistungen mehr als verdoppelte, die Beschäftigtenzahlen im Produzierenden Gewerbe zunächst stagnierten, dann abnahmen, sanken die Zahlen in der Landwirtschaft in diesen vier Jahrzehnten auf ein Viertel! Oder anders ausgedrückt: War 1950 noch jeder vierte Schleswig-Holsteiner im landwirtschaftlichen Sektor beschäftigt, war es vierzig Jahre später nur noch einer von zwanzig! Die relative Darstellung weist auch deutlich aus, dass der Beschäftigtenanteil im Sekundärsektor seit 1970 drastisch abgenommen hat. (Diagramm 2)

1 Unter Mitwirkung von Sebastian Lehmann

2 Vgl. Danker, Uwe: „Karl ist arbeitslos. Kauft ein Rad auf Abzahlung!" 1948 bis 1960: Das „Wirtschaftswunder" in Schleswig-Holstein, in: Ders.: Die Jahrhundert-Story, Bd. 2, Flensburg 1999, S. 88-107.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 168

Diagramm 1: Erwerbstätige in Schleswig-Holstein 1950 bis 1990 (in 1000)[3]

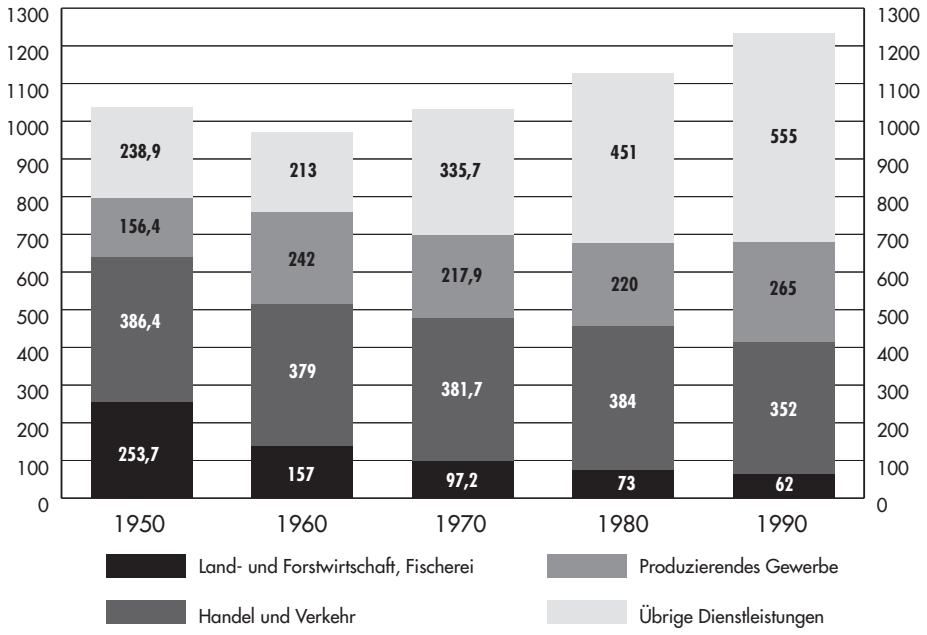
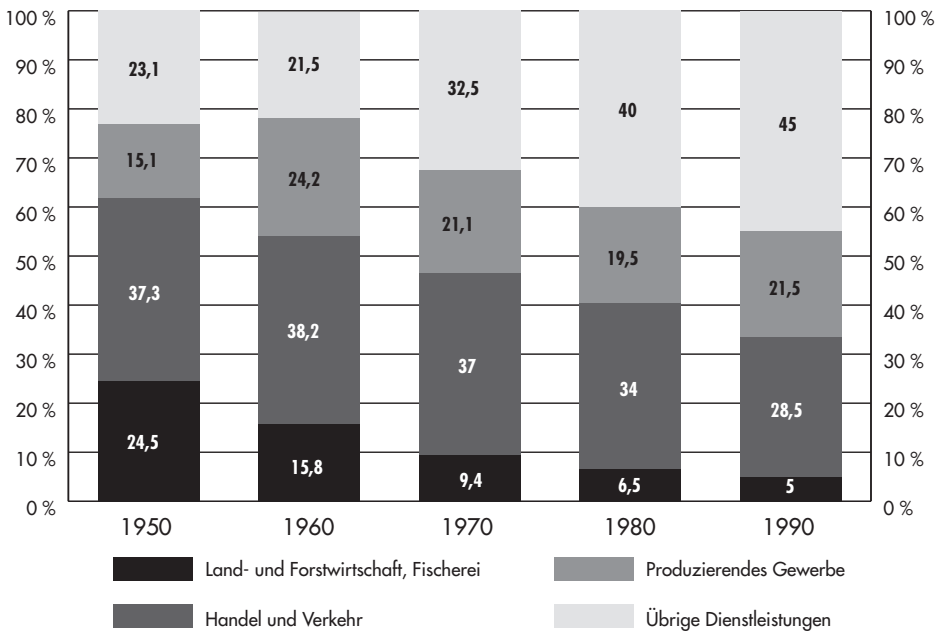


Diagramm 2: Erwerbstätige in Schleswig-Holstein 1950 bis 1990 (in %)[4]



06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 169

1. Äpfel und Birnen zusammen bringen? Zahlreiche – nämlich viele zehntausend – Betroffene und ihre Familien durchlebten diese dramatischen, und oft – jedenfalls zunächst – als schmerzhaft begriffenen Wandlungsprozesse, deren Intensität dadurch verstärkt wurde, dass beide Wirtschaftssektoren für ihre Beschäftigten, deren Mentalitäten und Bindungen an „ihr" Arbeits-Leben eine besondere Relevanz entfaltet hatten: Während in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft der traditionelle bäuerliche Familienbetrieb mit allen immanenten Folgen dieses Wirtschafts-, Sozial- und Lebensmodells dominiert, gehören Werften wie Eisen produzierende Betriebe zu jenen Industriezweigen, die in besonderer Weise eigene Traditionen und Selbstbilder der in ihnen Tätigen – vom Facharbeiter über Angestellte bis zum Management – herausgebildet haben. Thema dieses Aufsatzes ist die regionalhistorisch angelegte Betrachtung des Strukturwandels, der Wirtschaftssektoren betrifft, die durchaus vergleichbar durch traditionsbewusste Strukturen, profilierte Milieubildungen, relativ starke emotionale Bindungen und besondere Geborgenheiten gekennzeichnet sind. In beiden Wirtschaftssektoren äußern sich strukturell bedingte Rückgänge der ökonomischen Bedeutung und vor allem Beschäftigungseinbrüche deshalb auch besonders spürbar. Vereinzelt erbitterte, teilweise „wilde" Arbeitskämpfe in der Metall-

3 Basis: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein, Kiel 1949 - 2002.
4 Basis: Ebd.

Abbildung 2: Vergängliches ländliches Idyll: Gemeinsame Arbeitspause 1954 in Lasbek/Kreis Stormarn. Durch die Mechanisierung der Landwirtschaft sank die Arbeitskräfteintensität; gemeinschaftliches Arbeiten – wozu eben auch gemeinsame Pausen gehören – entfiel zunehmend. (Quelle: Sammlung Plata)

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 170

Schweißtreibende „Maloche" auf der Ahlmann Carlshütte: Das Eingießen des flüssigen Eisens in Formkästen. (Werbe-)Aufnahmen wie diese von 1957 stützen die traditions- und milieubildenden Fremd- und Selbstwahrnehmungen der Metallarbeiter. (Quelle: Hanow, Maja (Hrsg.): Schleswig-Holstein und seine Industrie, Köln 1957, S. 115)

und Werftindustrie, auch laute, verbal gewaltsame und manchmal verzweifelt anmutende Bauerndemonstrationen, sie erscheinen auf den ersten Blick als unübersehbare Indikatoren für erhebliche Friktionen des Wandels.

Andererseits gilt: Stark beschleunigter, immer wieder auch struktureller Wandel[5] begleitet seit Beginn der Industrialisierung als völlig normales und permanentes Kennzeichen alles Wirtschaften. Die Grundrichtung der langfristigen Gesamtentwicklung lautet immer: Bedeutungsrückgang des primären Sektors, also von Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei, zunächst massive Expansion und anschließend rückläufige Entwicklung des sekundären Sektors, also des produzierenden Gewerbes, und schließlich kontinuierlicher Anstieg des tertiären Sektors, der Dienstleistungen aller Art. In diesen Kontext sind auch die im Folgenden skizzierten Veränderungen in Schleswig-Holsteins Landwirtschaft und Schwerindustrie einzuordnen: Sektoraler Strukturwandel bildet förmlich einen Motor der Ökonomie der Moderne.[6] Volkswirtschaftliche Theoriegebäude benennen verschiedene Bestimmungsfaktoren wie Entwicklungen der Rahmenbedingungen oder Marktveränderungen auf der Angebots- beziehungsweise Nachfrageseite: beispielsweise gehen Löhne, Zinsen und Preise, Know-how und Ausbildungsstandards, Produktions-

5 Vgl. Ambrosius, Gerold: Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel, in: Ambrosius, Gerold/Petzina, Dietmar/Plumpe, Werner (Hrsg.): Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, München 2006(2), S. 213-234.

6 Vgl. Dorfner, Gerhard: Wechselwirkungen zwischen dem Bayrischen Kulturlandschaftsprogramm und dem Landwirtschaftlichen Strukturwandel, München 2000, S. 5; Brock, Ditmar: Der schwierige Weg in die Moderne: Umwälzungen in der Lebensführung der deutschen Arbeiter zwischen 1850 und 1980, Frankfurt a.M. 1991, S. 13.

7 Zapf, Wolfgang: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, in: Leviathan 24, S. 63 - 77, Wiesbaden 1996, S. 63.

8 Wehler, Hans-Ulrich: Modernisierungstheorie und Geschichte, in: Wehler, Hans-Ulrich: Die Gegenwart als Geschichte: Essays, S. 13 - 59, München 1995, S. 28.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 171

mittel und Vermarktung, rechtliche Bedingungen und Subventionen, „technischer Fortschritt“ und anderes mehr als Wandel erzeugende und ausrichtende Faktoren ein.

Wolfgang Zapf definiert *Modernisierung* als „die Bemühungen der modernen Gesellschaften selbst, durch Innovationen und Reformen ihre neuen Herausforderungen zu bewältigen“.[7] Jedenfalls ist ein reflektierter Modernisierungsbegriff vonnöten, wenn Strukturwandel einigermaßen theoretisch abgesichert zum Gegenstand von Forschung gemacht wird. *Hans-Ulrich Wehler* hat prominent darauf hingewiesen, dass Wandel „zu oft und voreilig als Trauma begriffen“ werde, dabei verkrafteten Gesellschaften normalen und überschaubaren Wandel, der grundlegende Sicherheitslagen nicht bedrohe und nicht aufgezwungen sei, in der Regel als ganz „normale Beanspruchung“.[8] Diese Sichtweise nimmt die gesamtgesellschaftliche Perspektive ein, sektoral und regional kann das im konkreten Einzelfall ganz anders aussehen. Gleichwohl sollte eine Nutzung des Begriffs *Strukturwandel* die zunächst wertfreie Normalität des Gegenstands im Blick behalten, bevor nach Verlierern und Gewinnern gefragt oder gar solidarisierende Empathie mit den Opfern des Prozesses ausgedrückt wird. Schließlich sei angedeutet: Über seine Normalität hinaus wird sich Wandel meist ambivalent äußern: man denke beispielsweise an Branchen, die untergehen, andere, die parallel aufsteigen.

Prozesse strukturellen Wandels enthalten offenkundig objektive wie subjektive Faktoren: Objektive Anteile lassen sich zusammenstellen anhand wirtschaftsstatistischen Datenmaterials, das beispielsweise Kosten und Erträge, Produktionszahlen und Effizienzsteigerungen, technologische Veränderungen, betriebliche Konzentrationsprozesse, Arbeitsplatz- und sonstige Human- beziehungsweise Sozialkostenanteile auflistet und, auf eine Zeitachse gebracht, den historischen Wandel erkennbar werden lässt. Der subjektive Erfahrungs-Anteil, die Wahrnehmung und Verarbeitung durch die betroffenen Menschen ist empirisch schwerer zu fassen, auch kaum wirklich quantifizierbar, jedenfalls nicht in Grafiken umsetzbar, aber qualitativ zu analysieren.

Die Grundthese dieses Beitrags lautet: Bezogen auf meine Fragestellungen passen Äpfel und Birnen zusammen. Für beide sektoralen Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte, nämlich jene in Landwirtschaft und in Schwerindustrie Schleswig-Holsteins, sind beide Betrachtungsfelder, nämlich objektive wie subjektive Faktoren, der vergleichenden und gemeinsamen regionalhistorischen Analyse wert, und zwar nicht nur, weil sie relevante Bevölkerungsgruppen unmittelbar betrafen, sondern weil sie erheblich und konturierend dazu beitrugen, die schleswig-holsteinische Gesellschaft zu verändern. Deren Perspektive wählend, vermute ich, dass daneben nur die ebenfalls Forschungsrelevanz besitzenden Prozesse der schleswig-holsteini-

9 Vgl. Kuhlmann, Frank-Michael/ Pohl, Karl Heinrich: Das Bildungssystem in Schleswig-Holstein während der 1960er/1970er Jahre. Überlegungen zum Stand der Forschung und zu zukünftigen Forschungsfeldern, in: Paczkowski, Renate/ Rothert, Hans-F./ Schubert-Riese, Brigitte (Hrsg.): „... wird die fernste Zukunft danken“ Kiels Geschichte und Kultur bewahren und gestalten. Festschrift für Jürgen Jensen, Neumünster 2004, S. 207-235; Eva Nowottnys unveröffentlichte Projektskizze „Bundesdeutsche Bildungsreformen der 1960er und 1970er Jahre: die Fallbeispiele Schleswig-Holstein und Hessen. Eine komparatistisch-regionalgeschichtlich angelegte Studie. Manuskript, Sammlung IZRG 2006; Danker, Uwe: „Wir machen die Zukunft wahr!“ Landespolitik in den 70er Jahren, Ära Stoltenberg-Steffen, in: Danker, Jahrhundertstory, Bd. 2, S. 228-247 .

10 Eigentümlicherweise gibt es bisher für Schleswig-Holstein überhaupt keine – zudem noch historisch angelegten – Untersuchungen zur gesellschaftlichen, ökonomischen und regionalpolitischen Bedeutung von Bundeswehransiedlungen. Ausnahmen bilden Untersuchungen im Bereich der Konversionsforschung, vgl. bspw. Grundmann, Martin/ Matthies, Margitta: Kleinere Bundeswehr und weniger Rüstungsproduktion: Konversion als regionale und betriebliche Gestaltung, Münster, Hamburg 1993. Lediglich im Katalog zu einer volkskundlichen Ausstellung auf dem Schleswiger Hesterberg ist ein Versuch gemacht worden, einen ersten Überblick zu geben: Piening, Holger: Die Bundeswehr, in: Fleischhauer, Carsten / Turkowski, Guntram (Hrsg.): Schleswig-Holsteinische Erinnerungsorte. Heide 2006, S. 104-113. Druckfrisch liegt eine übergreifende Referenzstudie des Militärgeschichtlichen Forschungsamts vor, die (mit einem Schwerpunkt auf Bayern) erste Ergebnisse liefert, vgl. Schmidt, Wolfgang: Integration und Wandel. Die Infrastruktur der Streitkräfte als Faktor sozioökonomischer Modernisierung in der Bundesrepublik 1955 bis 1975, München 2006. Planungen für ein größeres Forschungsprojekt zum Themenfeld der Bundeswehr im Zusammenhang mit dem regionalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel laufen zur Zeit am „Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte“ (IZRG) in Schleswig.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 172

11 Ein derartig komparatistisch angelegtes, theoretisch unterfüttertes und in die überregionale Forschungslandschaft passendes Gemeinschaftsprojekt mit ähnlichen Untersuchungsfeldern hat eine Forschergruppe unter der Federführung von Michael Ruck, Flensburg, konzipiert. Aufgrund seines Umfanges und der begrenzten Fördermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Dänischen Forschungsrates wurde es zwar positiv begutachtet, aber bisher nicht mit Fördermitteln durchfinanziert.

12 Derzeit arbeitet das IZRG am Konzept für ein Forschungsvorhaben, das – unter Beachtung der Referenzforschung – sich allein auf Schleswig-Holstein und die Analysefelder Landwirtschaft, Schwerindustrie, Bundeswehr und Bildung konzentriert.

13 Die Darstellung dieses Abschnitts basiert neben den im weiteren Verlauf genannten Belegstellen auf der folgenden regionalen Literatur: Brandis, Birgit von: Landwirtschaft in Schleswig-Holstein, in: Landeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Schleswig-Holstein. Eine politische Landeskunde, Gegenwartsfragen 68, S. 199 - 210, Kiel 1992. Brandt, Hans-Heinz: Die Entwicklung einer Gewerkschaft im ländlichen Raum. 80 Jahre Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Bezirk Oldenburg-Eutin-Ostholstein, Neustadt 1989. Cordts, Hans: Mittelholsteinische Landwirtschaft im Wandel der Zeit, 1855-1995: ein agrargeschichtlicher Beitrag zur Entwicklung des Vereinswesens der Bildung und Beratung im Raum Hohenweststedt, Hohenweststedt 1997. Hingst, Klaus: Die Agrarstruktur, in: Schleswig-Holstein. Ein geographisch-landeskundlicher Exkursionsführer, S. 55 - 60, Kiel 1969. Lorenzen-Schmidt, Klaus-Joachim: Die Landwirtschaft der holsteinischen Elbmarschen im Rahmen der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft 1800-1980, in: Archiv für Agrargeschichte der holsteinischen Elbmarschen, 11. Jg., S. 165 - 184, Krempdorf 1989. Pöhle, Klaus: Die Sonderstellung der Bauern geht zu Ende, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 4.3.1999, S. 18, Frankfurt 1999. Spitzbart, Uwe: Immer noch Markenzeichen: Landwirte und Fischer, in: Landesregierung Schleswig-Holstein (Hrsg.): Schleswig-Holstein. Ein Lesebuch, S. 79 - 93, Kiel 1989. Stück, Detlev von der: Bauern im Wandel. Zur Landwirtschaft im Kreis Steinburg zwischen 1870 und 1970, in: Archiv für Agrargeschichte der holsteinischen Elbmarschen, 11. Jg. , S. 97 - 129, Krempdorf 1989. Quellen: Deckmann, Otto: Fremdenverkehr als bäuerlicher Zuerwerb, in: Agrarsoziale Gesellschaft (Hrsg.): Regionale Wirtschaftspolitik, Landentwicklung, Landwirtschaft, S. 42 - 43, Göttingen 1967. Deutscher Grenzverein, IPTS (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Teil IV (IPTS Beiträge für Unterricht und Lehrerbildung, Band 19), Kiel 1985. Engelbrecht-Greve, Ernst: Landentwicklung und Landwirtschaft 1960-1966 in Schleswig-Holstein, in: Agrarsoziale Gesellschaft (Hrsg.), Regionale Wirtschaftspolitik, Landentwicklung, Landwirtschaft, S. 7 - 11, Göttingen 1967. Göttsche, Robert; Lüthje, Albert: 90 Jahre Zentral-Meierei eG Kappeln/Schlei, Kappeln 1978. Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein (Hrsg.): Die Produktionsstruktur in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft, Kiel 1969. Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Agrarstruktur in Schleswig-Holstein 1974, Ergebnisse der Agrarberichterstattung, Teile 1-4, Kiel 1976/1977. Drsb.: Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein, Kiel 1949 - 2002. Tageszeitungen (diverse, teilweise aus Pressedokumentationen) Kieler Nachrichten, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, Lübecker Nachrichten, Hamburger Morgenpost, Bild, Kiel, Lübeck, Rendsburg, Hamburg 1971-1998. Zühlke, Kurt: Marktkonzentration, einheitliches Angebot und Absatzförderung, in: Agrarsoziale Gesellschaft (Hg.): Regionale Wirtschaftspolitik, Landentwicklung, Landwirtschaft, S. 19 - 21, Göttingen 1967.

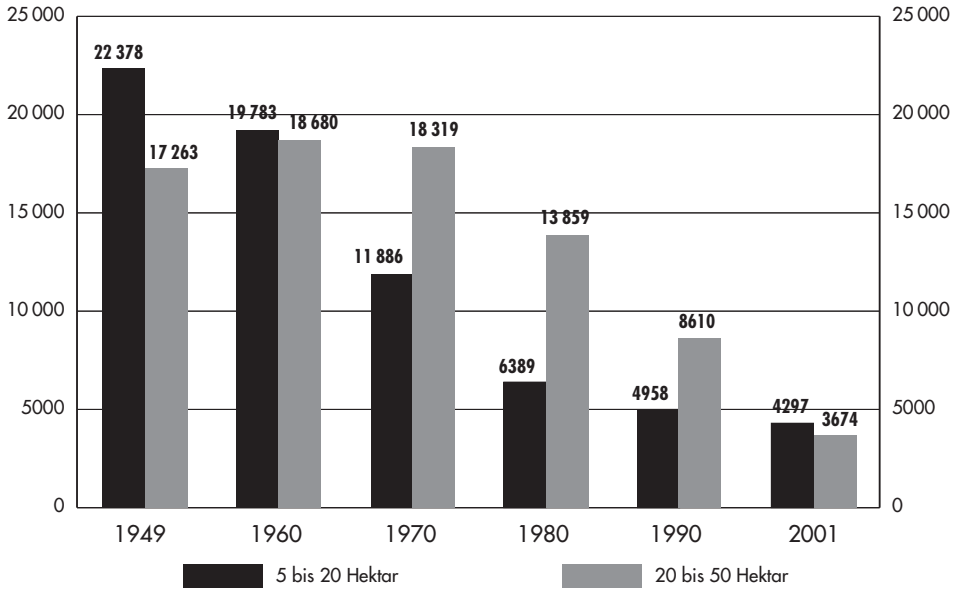
schen Bildungsmodernisierung in den 1960er und 1970er Jahren[9] und des Auf- und Abbaus von Bundeswehrstandorten[10] im Lande einen vergleichbar tief greifenden Wandel der regionalen sozialen Strukturen auslösten.

Methodisch ausgehend von Fragestellungen nach der Veränderungsrelevanz für die regionale, in diesem Fall also schleswig-holsteinische Gesellschaft, erscheint die gemeinsame, gleichrangige und vergleichbar konstruierte Untersuchung verschiedener Wandlungsprozesse sinnvoll und geboten, obwohl sie sich inhaltlich unterscheiden, zeitlich differieren und entsprechend abgrenzbar erscheinen. Konkret ist vorstellbar, in den letzten fünf Jahrzehnten eingetretene wesentliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen Schleswig-Holsteins durch die konzeptionell verzahnte Bearbeitung der vier Wandlungsfelder Landwirtschaft, Schwerindustrie, Bildung und Bundeswehr in einen analytischen Kontext zu bringen. Moderne regionalhistorische Forschung geht gern komparatistisch vor. In unserem Falle bietet sich der Blick in die Nachbarregionen Mecklenburg und Süddänemark an, die – abgesehen von gänzlich unterschiedlichen politischen Systemen – für den Betrachtungszeitraum historische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen aufweisen, die zum spannenden Vergleich der Entwicklungen einladen.[11] Gleichwohl erscheint auch ein auf Schleswig-Holstein konzentrierter Untersuchungsansatz als Gewinn bringend.[12]

Im Folgenden konzentriere ich mich mit ersten Überlegungen auf zwei dieser Wandlungsprozesse: auf Landwirtschaft und Schwerindustrie. Mehr als Schlaglichter sollen sie nicht sein, denn trotz der unterstellten Relevanz gibt es in der schleswig-holsteinischen Regionalhistorie und in den Nachbarwissenschaften wie der Volkskunde

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 173

Diagramm 3: Landwirtschaftliche Betriebe in Schleswig-Holstein der Größen 5 bis 20 und 20 bis 50 Hektar[15]



oder der Wirtschafts- und Sozialgeografie bisher sehr begrenzte publizierte Forschungserträge. Allerdings werden hier Forschungen aus anderen Regionen Erwähnung finden, um Perspektiven, Begriffe und Fragen für zukünftige Vorhaben in Schleswig-Holstein zu benennen.

2. Strukturwandel der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft 1950 bis 2000[13]. „Bauer zu sein, war irgendwie umweht vom Mythos, etwas Besonderes zu tun, und zwar deshalb, weil er mit der Natur umzugehen hatte und für das 'tägliche Brot' sorgte. Diese Wurzeln im Mythischen haben der späteren Entwicklung der Landwirtschaft aber nichts genützt. … In Klixbüll gab es 1960 noch etwa 60 Bauern, nur wenige im Nebenerwerb. Heute sind es nur noch etwa 20 Betriebe, die durchgehalten haben." So bringt 1992 der Altenteiler *Andreas Thomsen*, ehemaliger Landwirt, Interessenvertreter, und Bürgermeister von Klixbüll in Nordfriesland in seinen Lebenserinnerungen subjektive Erfahrung und objektive Daten des landwirtschaftlichen Strukturwandels zusammen.[14]

2.1. Der Strukturwandel in statistischen Bildern. Betriebszahlen und Betriebsgrößen liefern erste Indikatoren, will man den Wandel der landwirtschaftlichen Produktion beschreiben. (Diagramm 3)

Im Betrachtungszeitraum ab 1949 nimmt zwischen 1960 und 1980 zunächst die Zahl der kleinen Betriebe und dann phasenverschoben auch jene der mittleren Betriebe in Schleswig-Holstein ab: Die statistische Stabilität der mittelgroßen Betriebe in den 1960er

14 Thomsen, Andreas: Die Thomsen's von Rückenstadt. Überlieferungen, Erinnerungen, Erlebnisse, Klixbüll (Selbstverlag) 1992.

15 Basis: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein, Kiel 1949 - 2002.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 174

Diagramm 4: Landwirtschaftliche Betriebe in Schleswig-Holstein der Größen 5 bis 50 Hektar[16]

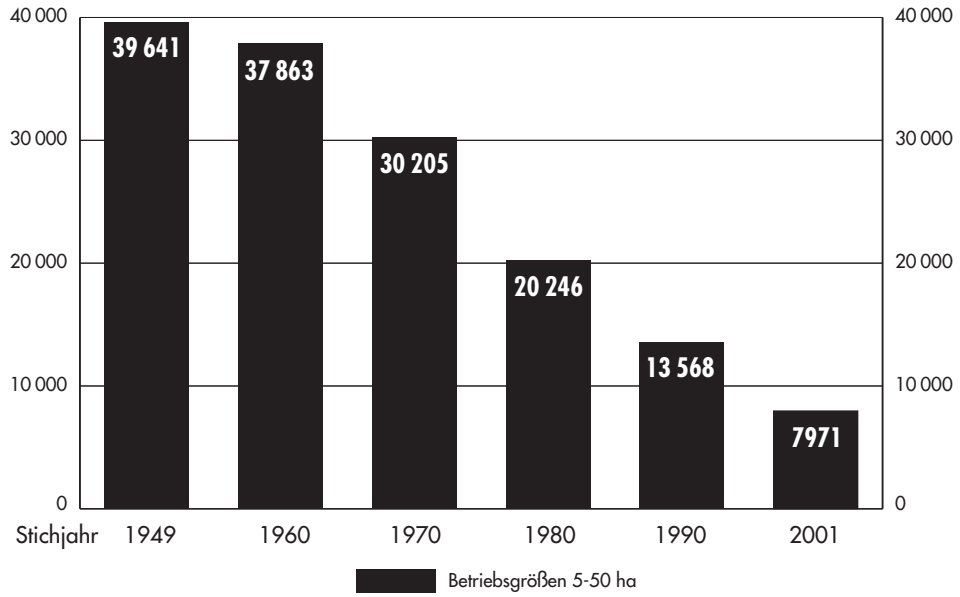
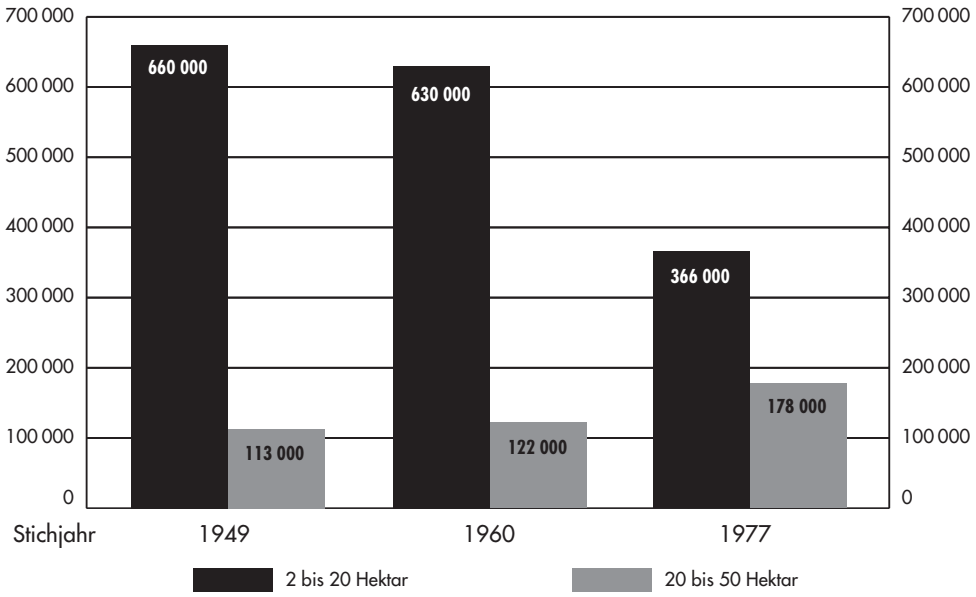


Diagramm 5: Landwirtschaftliche Betriebe in der Bundesrepublik der Größen 2 bis 20 und 20 bis 50 Hektar[17]



06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 175

Diagramm 6: Landwirtschaftliche Betriebe in der Bundesrepublik 1949-1990[18]

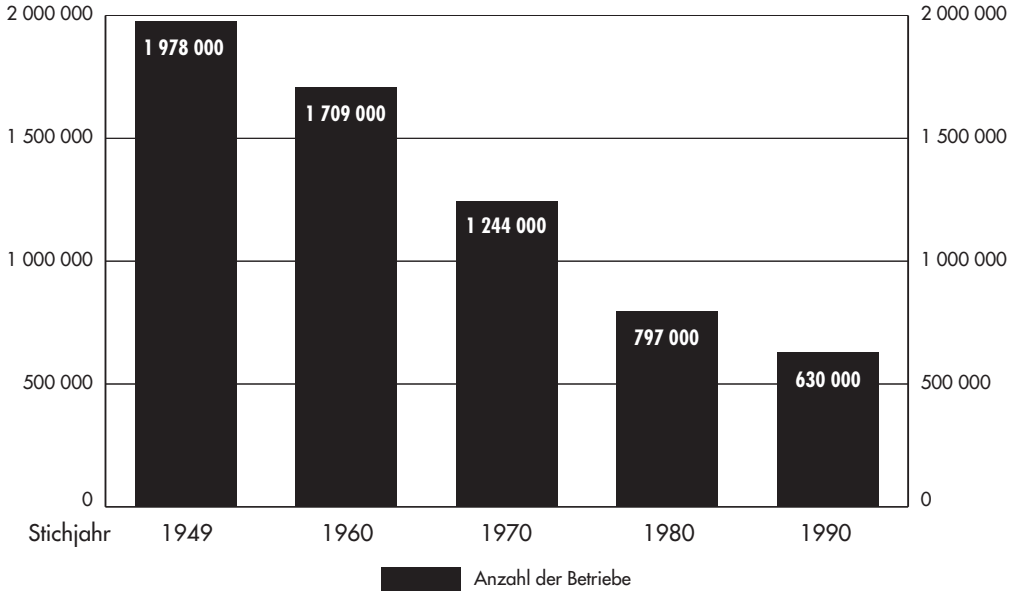
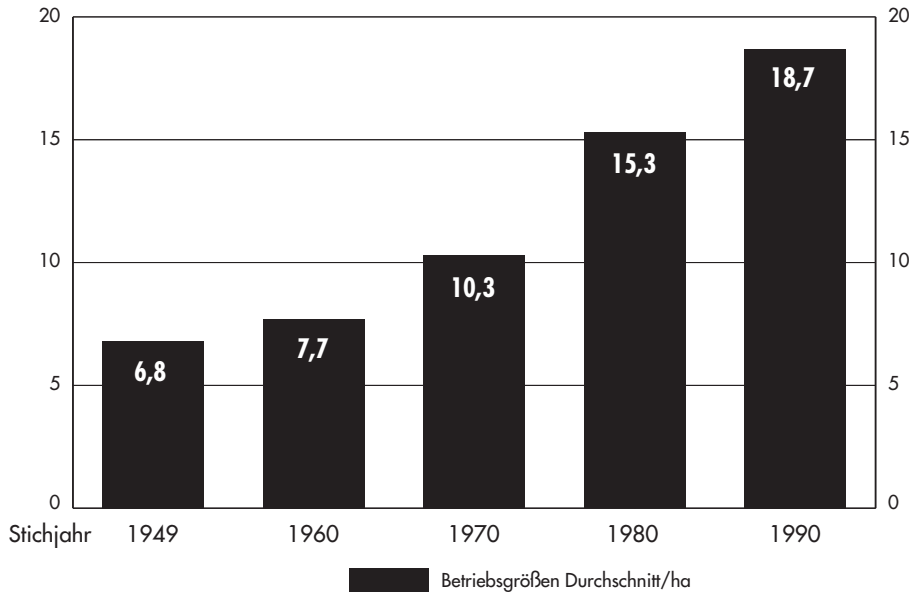


Diagramm 7: Landwirtschaftliche Betriebsgrößen in der Bundesrepublik 1949-1990[19]



06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 176

Diagramm 8: Landwirtschaftliche Betriebsflächen in Schleswig-Holstein 1949-1990[20]

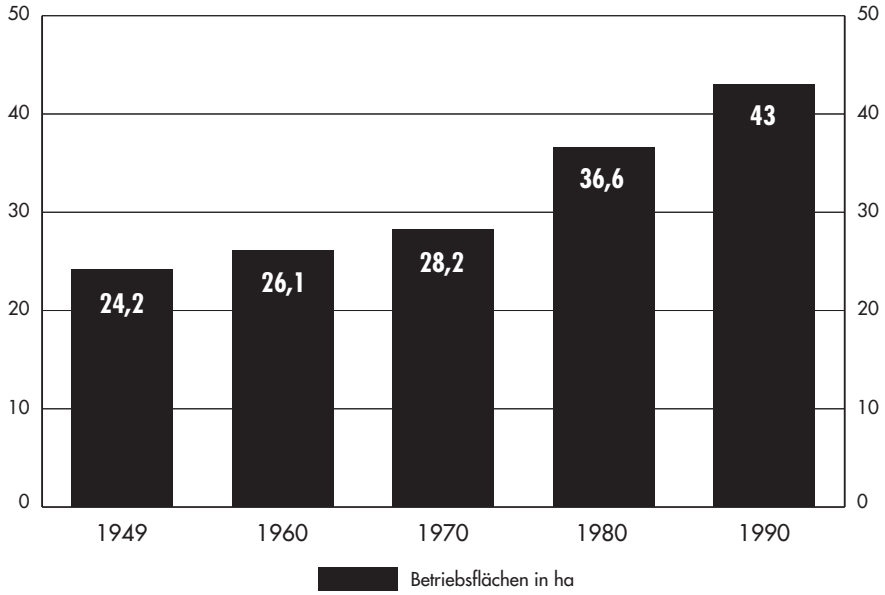
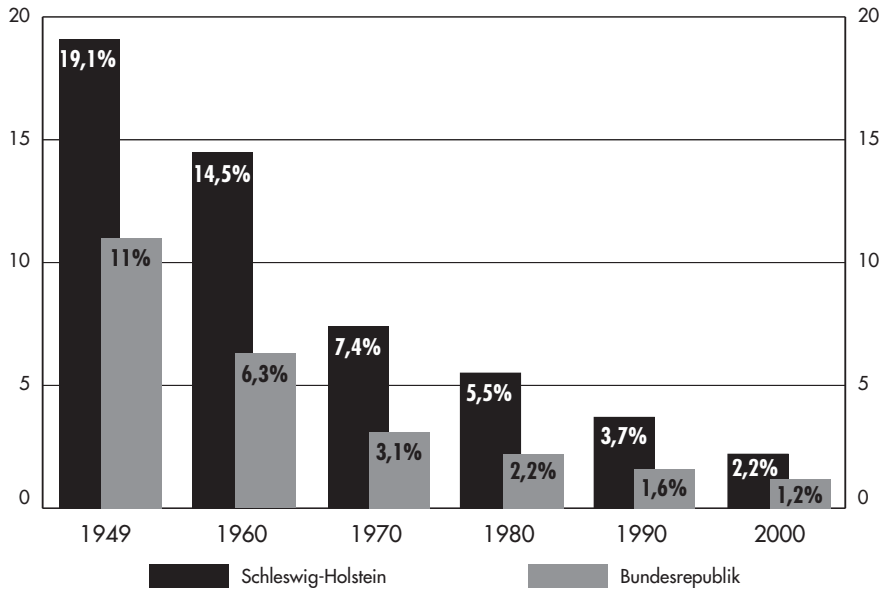


Diagramm 9: Anteil des Primärsektors am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik und Schleswig-Holsteins[23]



06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 177

und 1970er Jahren spiegelt dabei die Vergrößerungstendenz der landwirtschaftlichen Unternehmen, die anhält und deshalb seit etwa 1970 auch diese Betriebsgrößen statistisch abnehmen lässt. (Diagramm 4)

Betrachtet man beide Betriebsgrößen gemeinsam, so zeigt der Konzentrationsprozess visuell umgesetzt seine Dramatik: Von 1949 fast 40 000 Betrieben der Größenordnung zwischen fünf und 50 Hektar bleiben im Jahr 2001 noch knapp 8000, eine zahlenmäßige Reduktion auf ein Fünftel. (Diagramm 5)

Zum Vergleich herangezogene Daten für die gesamte Bundesrepublik spiegeln eine durchaus ähnliche Entwicklung, die durch Flächenanstieg und zugleich absolute Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe gekennzeichnet werden kann. (Diagramm 6)

Auch wenn aufgrund leicht differierender Erhebungsfelder ein unmittelbarer Vergleich nicht möglich ist, wird doch erkennbar, dass der Konzentrationsprozess in Schleswig-Holstein dramatischer verlief als im Bundesdurchschnitt. Die Ursache dafür liegt in der Struktur der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins. Denn anders als beispielsweise in Baden-Württemberg oder Bayern, wo der bäuerliche Nebenerwerb dominiert, liefert hier weiterhin der Vollerwerbsbetrieb das Leitbild. (Diagramm 7)

Der bundesweit seit langem steigende Anteil des bäuerlichen Nebenerwerbs, der auch als ein Indikator für das „Höfesterben“ interpretiert werden kann,[21] „drückt“ zugleich auf die Statistik der durchschnittlichen Betriebsgrößen: Obwohl auch auf Bundesebene die Tendenz eines stetigen Wachsens der Betriebsgrößen bestätigt wird, sind die Größenordnungen deutlich niedriger als jene für Schleswig-Holstein.[22] Die durchschnittliche Betriebsgröße in Schleswig-Holstein liegt oberhalb des Zweifachen des Bundesschnitts. (Diagramm 9)

Wie erwähnt gilt als zentrales Merkmal der Entwicklung industrialisierter Gesellschaften der schließlich extrem geringe Anteil des Primärsektors am Bruttoinlandsprodukt.[24] Die einschlägigen Daten für den Zeitraum von 1950 bis 2000 zeigen: Der Anteil an der Wirtschaftsleistung sank völlig parallel jeweils auf etwa ein Zehntel, im „Agrarland Schleswig-Holstein“ aber von fast 20 Prozent im Jahr 1949 auf nur noch gut zwei Prozent im Jahr 2000 doch erkennbar einschneidender als im Bundesdurchschnitt.

2.2. Landwirtschaft nach 1945: Rekonstruktion und Veränderung. Schleswig-Holstein ist grob gegliedert in drei naturräumliche Zonen: die Marsch an der Westküste, die sich durch schwere, ertragreiche Böden auszeichnet, die Geest, die eine Nord-Südlinie durch die Mitte des Landes mit vergleichsweise ärmlichen Böden bildet, sowie das Hügelland in der Osthälfte, das fruchtbare Böden aufweist. Der traditionelle bäuerliche Familienbetrieb hat sich insbesondere in der Marsch und auf der Geest als beinahe alternativlos etabliert, während die gemischte landwirtschaftliche Wirtschaftsstruktur des

16 Basis: Ebd.

17 Erstellt nach Henning, Friedrich-Wilhelm: Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: von 1750-1976, Paderborn 1978, S. 270.

18 Erstellt nach Klohn, Werner; Windhorst, Hans: Die Landwirtschaft in Deutschland, Vechta 1996, S. 25.

19 Erstellt nach ebd., S.25.

20 Erstellt nach: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins. Kiel 1967, S. 87 sowie Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Statistisches Jahrbuch 2005/2006. Kiel 2006, S. 124.

21 Vgl. Rösener, Werner: Europas Bauern in der modernen Industriegesellschaft: Mechanisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft, in: Rösener, Werner: Die Bauern in der europäischen Geschichte, S. 242 - 289, München 1993, S. 247-250.

22 Das gilt auch, wenn man berücksichtigt, dass die statistischen Erhebungsgrößen (Betriebsgrößen und Betriebsflächen) abweichen.

23 Basis: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein, Kiel 1949 - 2002.

24 Rösener bietet eine plastische Zahlenkette: 1800 wären in Deutschland 60 Prozent aller Beschäftigten im Agrarbereich tätig gewesen, 1950 noch 25 Prozent und 1990 nurmehr 5 Prozent. Vgl. Rösener 1993, S. 242.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 178

östlichen Hügellandes insbesondere in Ostholstein auch in der Gutsherrschaft wurzelnden, agrarindustriell bewirtschafteten Großgrundbesitz hervorbrachte.

Nach dem Zusammenbruch 1945 erlebte Schleswig-Holstein zunächst eine beispiellose Ernährungskrise: 1,1 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene[25], der Kollaps der Märkte und Infrastruktur, der Wegfall der Agrarüberschussgebiete im östlichen Deutschland verschärften die Situation. Die britische Besatzungspolitik musste zunächst die Zwangsbewirtschaftung fortsetzen. Stadtbewohner blieben trotzdem darauf angewiesen, aufs Land zu fahren und knappe Lebensmittel zu „organisieren"; diese bitteren Schwarzmarkterfahrungen erzeugten Bilder und Vorurteile zwischen Land- und Stadtbevölkerung. Zur Bewältigung der Not gehörte auch der schnell gescheiterte Versuch einer Bodenreform:[26] Nach dem Landesgesetz von 1948 sollte jeder 100 Hektar überschreitende Grundbesitz gegen Entschädigung für die Agrarbesiedlung genutzt werden. Die Eigentümer von Großgrundbesitz konnten schließlich durch eine freiwillige Abgabe von 30 000 Hektar den Vollzug verhindern. Das Gesetz wurde nie umgesetzt, später aufgehoben. Die eingebrachten Flurstücke aber bildeten einen Grundstock für begrenzte Siedlungstätigkeit; andere Stücke kamen in neuen Kögen an der Westküste oder durch Ankauf der „Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft" hinzu. In 15 Jahren wurden immerhin circa 16 000 Flüchtlingsfamilien angesiedelt.

Einen typischen schleswig-holsteinischen Geestbauernhof um 1950 beschreibt der Agrarhistoriker *Reinhard Jung* etwa so:[27] Drei Familienarbeitskräfte bewirtschaften zusammen mit Saisonkräften einen Betrieb mit 15 Hektar Land, das je zur Hälfte als Acker- und Weideland genutzt wird. 10 Kühe, 20 Schweine und vielleicht 50 Hühner sowie zwei bis vier Pferde gehören zum Hof. Pferde leisten in der Regel noch jene Arbeiten, die später Traktoren und Maschinen übernehmen. Tierpflege und Anbau bestimmen den Jahresablauf: Im März wird das Sommergetreide ausgesät, im April kommen die Tiere auf die Weide und werden Kartoffeln angepflanzt. Im Juni folgen Futterrüben und eine erste Heuernte, im Hochsommer die Getreideernte, schließlich im September und Oktober die Kartoffel- und Rübenernte. Das Wintergetreide wird ausgesät und das Vieh von der Weide geholt. Obst und Gemüse werden im Garten geerntet, Milch und Eier sowie Fleisch kommen aus der eigenen Produktion. – Es ist, wie Jung sich ausdrückt, noch ein „richtiger Bauernhof", geprägt von Selbstversorgung und vielseitiger Produktion. Der Bauer ist der Herr im Haus, er pflügt, verantwortet die Viehzucht und pflegt den Landbesitz. Er ist Grundeigentümer, Betriebschef und Arbeitskraft. Die Übergabe des Hofes an Erben und der Wechsel aufs Altenteil folgen der Tradition. Die Bäuerin ist zuständig für Geflügelhaltung, das Melken, den Gemüsegarten und die Hauswirtschaft. Die Familie fühlt sich Boden und Hof eng verbunden. Diese Wirtschaftsform sei „der östlichen Kolchose als auch der westlichen Großfarm überlegen", erklärt der schleswig-holsteinische Bauernverband in den

25 Vgl. aus der Fülle der regionalen Literatur die Beiträge bei Pohl, Karl Heinrich (Hrsg.): Regionalgeschichte heute. Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945. Bielefeld 1997; Danker, Uwe: Flüchtlinge nach 1945, in: Ders: Jahrhundert-Story, Bd. 1, S. 128 – 147, jeweils mit weiterführenden Hinweisen sowie Statistisches Landesamt (Hrsg.): Die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. Die Ergebnisse der Flüchtlings-Sondererhebung des Landessozialministers Schleswig-Holstein, in: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein. Sonderheft F, Kiel 1950

26 Vgl. Rosenfeldt, Jenspeter: Nicht einer ... viele sollen leben. Landreform in Schleswig-Holstein 1945-1950, Kiel 1991.

27 Vgl. Jung, Reinhard: Bauern oder Unternehmer? Landwirtschaft im Kreis Pinneberg 1949-1964, Dauenhof (Selbstverlag) 1991, S. 38 – 45.

28 Vgl. Jung 1991, S. 16.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 179

1950er Jahren und hält bis heute am Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes fest.[28]

Mit der Stabilisierung der Ernährungslage um 1950 setzte auch in Schleswig-Holstein der Wandel der Landwirtschaft ein, ein wie in der gesamten Bundesrepublik „starker, aber kontinuierlich verlaufender Strukturwandel".[29] Neben der Reduktion und Vergrößerung der Höfe bilden Mechanisierung, Spezialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft sowie die so genannte Landflucht die entscheidenden Veränderungsindikatoren.[30]

Zur Absicherung bäuerlicher Interessen entstanden starke Verbände. Im Februar 1947 gründete sich der Bauernverband Schleswig-Holstein, ein Jahr später fand in Rendsburg der erste Landesbauerntag statt.[31] Über 90 Prozent der Landwirte wurden Mitglieder des Verbandes. An dessen Spitze arbeiteten meist einflussreiche Funktionäre.[32] 1958 entsandte kein anderer Berufszweig mehr Abgeordnete in den Landtag als die Landwirtschaft. Kommunalpolitik gestalteten die örtlichen Wählergemeinschaften oder die CDU, die sich auch als Sachwalterin bäuerlicher Interessen versteht: Auf dem Land bestimmten die Bauern den Kurs. Kreditgenossenschaften und Sparkassen, Versicherungen und berufliche Beratungsringe prägten die ländliche Infrastruktur des Betrachtungszeitraums, auch Verbände der Landfrauen und Landjugend. Landfrauenvereine führten seit der Nachkriegszeit vielfältige Kultur- und Schulungsarbeit durch. „Die Frau ist der halbe Bauernhof!" erklärte 1953 Emma Münster, Kreisvorsitzende in Pinneberg. Bis 1957 entstanden 200 Landjugendgruppen, auch sie setzten neben Landjugendbällen kulturelle Aktivitäten sowie breit gefächerte Fortbildungsmaßnahmen auf die Agenda. All das kann als eine selbstbewusste, sich vom städtischen Leben abgrenzende ländliche Kultur interpretiert werden.

So etwa sieht eine sehr einfach und grob skizzierte Rekonstruktion ländlichen Lebens im Schleswig-Holstein der 1950er Jahre aus. Fragen nach Umbrüchen im Dorf, etwa nach politisch-gesellschaftlicher Partizipation der Zugezogenen,[33] Fragen nach dem Wandel der Lebensverhältnisse, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstrukturen, Mentalitäten, Fragen beispielsweise nach der Rollenentwicklung von Frauen[34] oder nach jugendlich-ländlicher Sozialisation[35] im Zeichen der massenmedialen Egalisierung setzen hier erst ein.

2.3. Die 1950er und 1960er Jahre: Mechanisierung, Landflucht und Interventionen. „Die ganz große, ja revolutionäre Veränderung kam 1958. Das war der Trecker.", schreibt Andreas Thomsen. Der Traktor macht die Arbeit effektiver, setzt aber hohe Investitionen voraus: Thomsens „Hanomag" mit 24 PS kostet 10 000 DM. Er verfügt über eine Zapfwelle, die andere Geräte antreibt; es folgt ein förmlicher „Rattenschwanz" an Anschaf-

29 Mittelbach, Hans: Strukturwandel in der Landwirtschaft, Bonn 1992, S. 5.

30 Eine überzeugende Periodisierung des Wandels liefern Eckart, Karl; Wollkopf, Hans-Friedrich u.a. (Hrsg.): Landwirtschaft in Deutschland: Veränderungen der regionalen Agrarstruktur in Deutschland zwischen 1960 und 1992, (Beiträge zur Regionalen Geographie, 36, Institut für Länderkunde Leipzig), Leipzig 1994.

31 Vgl. auch zum Folgenden Thiesen, Erich: „Es begann im Grünen Kreml". Agrarpolitik zwischen Rendsburg und Brüssel, Neumünster 1997, hier: S. 44ff.

32 Von 1947 bis 1969 Detlev Struve aus Embühren, 1949 bis 1972 zugleich CDU-Bundestagsabgeordneter. Das Landwirtschaftsgesetz von 1955 trug auch seine Handschrift, und man sagte ihm jedenfalls in der Heimat nach, er habe „Minister gemacht". Peter Jensen aus Ausacker war 1947 bis 1968 Präsident der Landwirtschaftskammer und bis 1967 christdemokratischer Abgeordneter im Landtag. Die Landwirtschaftsminister Engelbrecht-Greve und später Günter Flessner stammten aus dem Milieu der Verbandspolitik; Bundesminister Werner Schwarz war stellvertretender Vorsitzender des Bauernverbandes in Schleswig-Holstein.

33 Ansatzweise für Schleswig-Holstein erst Varain, Heinz Josef: Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945-1958, Köln, Opladen 1964.

34 Vorläufig für Schleswig-Holstein Walther, Dorothea: Frauenleben in Dithmarschen 1920-1990. Autobiographische Lebensgeschichten von Dithmarscher Landfrauen, in: Majewski, Rut; Walther, Dorothea: Landfrauenalltag in Schleswig-Holstein im 20. Jahrhundert, S. 9 - 89, Neumünster 1996. Vgl. auch unten: „Forschungsstand und Perspektiven".

35 Äußerst dürftig ist der Forschungsstand hinsichtlich der Wandlungsprozesse, denen Jugendliche im ländlichen Raum unterworfen waren – ganz im Gegensatz übrigens zu ihren Altersgenossen aus städtischem Umfeld. Für Schleswig-Holstein allerdings liegt neuerdings eine Studie mit Schwerpunkt der 1950er Jahre vor, die ein sehr differenziertes Bild liefert, vgl. Jewski, Katja: Stiefkinder des Fortschritts? Ländliche Jugend und Jugendkultur in Schleswig-Holstein in den 1950er Jahren, Frankfurt/M. 2003.

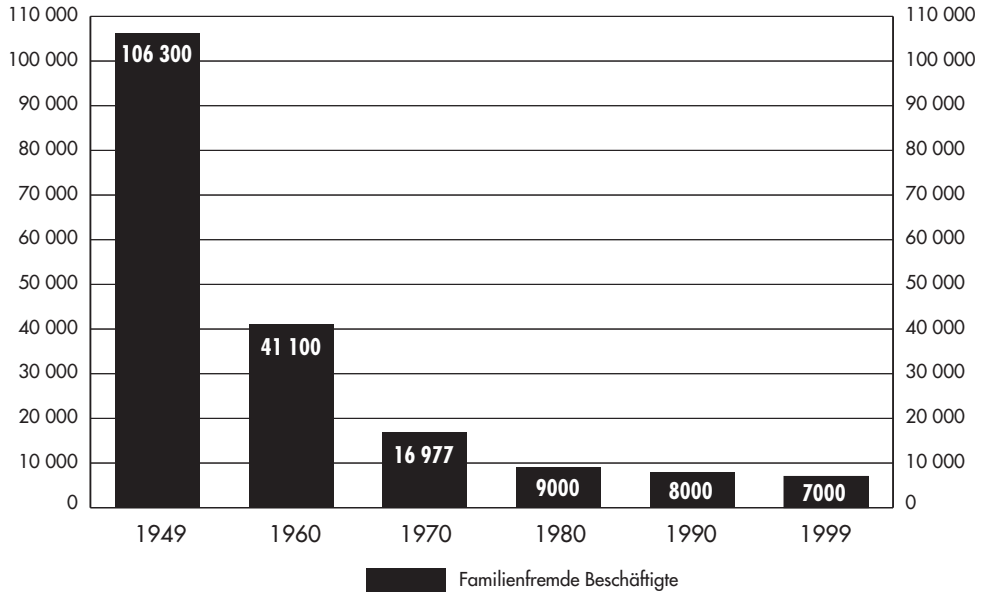
06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 180

Flächendeckende Mechanisierung der Landwirtschaft und Investitionszwang: der Anschaffung eines Traktors folgte oft ein „Rattenschwanz" von weiteren technischen Anschaffungen – Anzeige für HANOMAG-Schlepper und -Geräte von 1953. (Quelle: Bauernblatt für Schleswig-Holstein/Schleswig-holsteinische Landpost, Ausgabe 11 7./103. Jg. vom 14.3.1953, S. 415)

fungen. In der ersten Hälfte der 1960er Jahre investieren die jüngeren Landwirte in förmliche Maschinenparks: Schlepper sollen jetzt gern 30 PS haben, die Zapfwelle wird ergänzt durch hydraulische Hubvorrichtungen, die den Umgang mit Zuggeräten wie Pflug, Egge und Drillmaschine vereinfachen. Die Technisierung der Landwirtschaft schreitet voran: Seit 1950 gibt es erste Melkmaschinen in Großbetrieben, kurz darauf arbeiten schon Mähdrescher, die die Trennung des Mähens vom aufwendigen Drusch aufheben. Große Höfe schaffen eigene Mähdrescher[36] an, ganz moderne Erntemaschinen sind jetzt selbst fahrend. Parallel arbeiten viele mit dem Selbstbinder weiter und dreschen später.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 181

Diagramm 10: Familienfremde Beschäftigte in Schleswig-Holsteins Landwirtschaft 1950-2000[42]



Zum Indikator technologischer Fortschritt: Am Anfang der 1960er Jahre besaßen in Schleswig-Holstein die meisten Vollerwerbsbetriebe Traktoren, und jeder zweite von ihnen verfügte zudem über eine stationäre Rohrmelkmaschine.[37] Diese regionalen Zahlen lagen genau im bundesweiten Trend, der seit Ende der 50er Jahre einen exponentiellen Anstieg des Traktorenbesatzes spiegelte, der bereits Ende der 60er Jahre zum Stillstand kam, weil die Vollversorgung erreicht war.[38] *Friedrich-Wilhelm Henning* spricht in seinem Überblickswerk zur deutschen Agrargeschichte von einer förmlichen „Übermechanisierung", die allerdings gewährleistet habe, dass viele Arbeiten „zu einem optimal günstigen Zeitpunkt" verrichtet werden konnten, was die Erträge nochmals verbesserte.[39] Seit den 1950er Jahren zunehmend eingebrachter Mineraldünger steigerte Anbauerträge, auch Züchtungserfolge wirkten sich aus. Jetzt setzte auch die – später umstrittene – Massentierhaltung ein. Erstmals wurden in nennenswertem Umfang Pflanzenschutzgifte ausgebracht, Herbizide, von denen die Landwirtschaft schnell abhängig wurde. 1950 brachte eine Kuh im Kreis Pinneberg durchschnittlich 2600 kg Milch, ein Jahrzehnt später schon 3 400 kg; weitere 15 Jahre danach waren es noch ein-

36 Zahlen der Mähdrescher in der Bundesrepublik 1953 ca. 4000, 1960 ca. 32 000, 1970 ca. 140 000. Vgl. Henning 1978, S. 267.

37 Schleswig-Holstein: Vgl. Jung 1991, S. 122. Thiesen 1997, S. 128f. In Westfalen dagegen lag die Versorgungsquote lediglich bei 40 Prozent. Vgl. Exner, Peter: „Wenn die Frauen Hosen tragen und die Wagen ohne Deichsel fahren, dann ändern sich die Zeiten." Ländliche Gesellschaft in Westfalen zwischen Weimar und Bonn, in: Münkel, Daniela: Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, S. 39 - 68, Göttingen 2000, S. 46f. Zahlen der Melkmaschinen in der Bundesrepublik 1953 ca. 40 000, 1960 ca. 291 000, 1970 ca. 481 000. Vgl. Henning 1978, S. 267.

38 Die Zahlen für die Bundesrepublik lauten gerundet: 1950 139 000 Traktoren, 1960 857 000, 1970 1 356 000, 1980 1 469 000 und 1990 1 374 000. Vgl. Klohn, Windhorst 1996, S. 26.

39 Henning 1978, S. 269. Die von neuen Technologien verursachte Veränderung der landwirtschaftlichen Arbeit lässt sich, wie S. Klaus Herrmann vorführte, mit zum Teil neu etablierten, zum Teil den Wandel besonders sichtbar machenden Kriterien und Indikatoren sehr systematisch messen und darstellen. Vgl. Herrmann, S. Klaus: Die Veränderung landwirtschaftlicher Arbeit durch Einführung neuer Technologien im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte XXVIII. Band 1988, S. 203-237, Bonn 1988.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 182

mal 500 kg mehr![40] Getreide und Futtermittelanbau erzielten ähnliche Wachstumszahlen. Paradoxerweise kennzeichnet den landwirtschaftlichen Strukturwandel neben starker wirtschaftlicher Bedeutungsabnahme und Beschäftigungsverringerung folglich eine enorme, auch absolute Produktionszunahme.[41] (Diagramm 10)

Mechanisierung und Intensivierung der Landwirtschaft werden begleitet von einer regelrechten Landflucht.[43] Das bundesdeutsche Wirtschaftswunder erzeugt bis 1960 Vollbeschäftigung und stetig steigende Löhne in der gewerblichen Wirtschaft, deren Attraktivität für nicht-bäuerliche Landarbeiter erheblich zunimmt: Die Landwirtschaft kann fortan nicht mehr konkurrieren. Alles, nämlich Löhne, Arbeitszeiten und Wohnverhältnisse sind anderswo attraktiver: „Bloot nich non Buern“, gilt in Schleswig-Holstein als Standardaussage Arbeitsuchender. Die Folge: Die Zahl familienfremder Arbeitskräfte sinkt schon zwischen 1949 und 1960 von mehr als 100 000 auf circa 41 000. Selbst wenn man etwa von der Nachkriegszeit bedingte Verzerrungen berücksichtigt, bleiben das dramatische Zahlen. Auch 15 500 in Schleswig-Holstein öffentlich geförderte, zwischen 1951 und 1967 gebaute Landarbeiterhäuser können die Abwanderung nicht aufhalten.[44] Die Entwicklung hält bis in die 70er Jahre an, um bei dem sehr niedrigen Niveau von unter 10 000 Beschäftigen stark verlangsamt schließlich 7000 verbliebene Beschäftigte zu erreichen[45], ein stabiler Stand, der das Endstadium der Entwicklung andeutet.

Mit Gründung der Bundesrepublik setzte die Schutzpolitik für die Landwirtschaft ein. Sie verfolgte zunächst zwei gleichrangige Ziele: ernährungspolitisch die zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sowie wirtschafts- und strukturpolitisch die Abfederung der Lage in der Landwirtschaft – und Pflege der Wählerklientel. Das Instrumentarium des staatlichen Interventionismus auch der Folgejahrzehnte bestand aus Preisstützungen, Direktsubventionen, Verbesserungen der Produktionsbedingungen beispielsweise durch Flurbereinigungen oder infrastrukturelle Investitionen und sozialpolitische Maßnahmen.[46] Zentraler politischer Gegenspieler des Ordoliberalen Ludwig Erhard beziehungsweise Protagonist dieser Schutzpolitik war der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Hans Schlange-Schöningen, Reichsminister a. D. und Mitgründer der – schleswig-holsteinischen – CDU, dessen Ansätze einer interventionistischen Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik in die frühen bundesdeutschen Marktordnungen der 50er Jahre mündeten.[47] 1950 verabschiedete der Bundestag das erste Getreidegesetz, das heimischen Landwirten Preise garantierte, sie vor billigen Importen schützte und bei Marktsättigung staatlichen Aufkauf, „Intervention“, zusicherte. 1951 folgten Marktgesetze für Zucker, Milch und Fleischprodukte: Erzeuger genossen fortan Preisgarantien, Verbraucher hingegen mussten künstliche Preise für Agrarprodukte akzeptieren. Damit war für die künftige Agrarpolitik in Europa ein Handlungsbeispiel geschaffen, das ab 1957 auch übernommen wurde.[48] Früh schon aber kollidierten die

40 Vgl. Jung 1991, S. 20. Durchschnittliche Milchproduktion pro Kuh und Jahr in der Bundesrepublik: 1950 2474 l, 1962 3444 l, 1975 3997 l. Vgl. Henning 1978, S. 267.

41 In der Bundesrepublik wurden im Durchschnitt pro ha 1950/1954 23,9 dz und 1969/1974 34,2 dz Roggen sowie 1950/1954 27,1 dz und 1969/1974 43,3 dz Weizen erzeugt. Vgl. Henning 1978, S. 262.

42 Basis: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein, Kiel 1949 - 2002

43 Vgl. die wichtige Studie von Langlet-Ruck, Barbara: Die Veränderungen des Arbeitskräftebesatzes in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg - Ursachen, Verlauf, sozialräumliche Auswirkungen, Diss. Kiel 1987. Es handelt sich um die ausführlichste wissenschaftliche Arbeit zum Strukturwandel der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft.

44 Vgl. Jung 1991, S. 112-120. Peters, Hinrich: Soziale Probleme und soziale Hilfen in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins, in: Agrarsoziale Gesellschaft (Hrsg.): Regionale Wirtschaftspolitik, Landentwicklung, Landwirtschaft, S. 29-32, Göttingen 1967.

45 Vgl. Langlet-Ruck 1987, S. 339. Zur bundesweiten Entwicklung vgl. Henning 1978, S. 270, sowie anders definierte Zahlen bei Mooser, Josef: Das Verschwinden der Bauern. Überlegungen zur Sozialgeschichte der „Entagrarisierung“ und Modernisierung der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert, in: Münkel 2000, S. 23-35, hier S. 29.

46 Vgl. Henning 1978, S. 276.

47 Vgl. Weisz, Christoph: Versuch der Standortbestimmung der Landwirtschaft, in: Herbst, Ludolf (Hrsg.): Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, S. 117-126, München 1986, S. 122f.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 183

„Mein Schlepperfahrer bleibt …" In Zeiten der Vollbeschäftigung fiel es den Bauern zunehmend schwerer, qualifizierte Arbeitskräfte für die Landwirtschaft bei vergleichsweise wenig attraktiven Löhnen zu halten.
(Quelle: Bauernblatt für Schleswig-Holstein/Schleswig-holsteinische Landpost, Ausgabe 5 20./113. Jg. vom 2.2.1963, S. 301)

Interessen: 1951 kam es zum „Milchkrieg" zwischen Hamburg und Bremen sowie den Milchproduzenten, als die Hansestädte sich weigerten, die erlassene Anhebung des Verbraucherhöchstpreises auf 38 Pfennige zu akzeptieren.[49] Während Verbraucherverbände, Industrie, Handel und Gewerkschaften die Agrarpolitik für unsozial erklärten, schritten die Erzeuger zum Lieferboykott; nach zwei Monaten gaben Hamburg und Bremen auf. – Die Richtung einer auf Ausgleich der Interessen angelegten Agrarpolitik blieb stabil.

Im Jahr 1955 beschloss der Bundestag das Landwirtschaftsgesetz fast einstimmig. Der erste Paragraf spiegelt neben einem fortschrittsgläubigen Modernisierungsbegriff das Kernprogramm der Agrarpolitik: „Um der Landwirtschaft die Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft und um der Bevölkerung die bestmögliche Versorgung mit Ernährungsgütern zu sichern, ist die Landwirtschaft mit den Mitteln der Wirtschafts- und Agrarpolitik … in den Stand zu setzen, die für sie bestehenden naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen und ihre Produktion zu steigern."[50] Jährlich ist seither ein „Grüner Bericht" über die Lage der Landwirtschaft zu veröffentlichen, und eine Zielvorgabe lautet, die Einkommensentwicklung der Bauern der allgemeinen wirtschaftli-

48 Vgl. Eckart, Wollkopf 1994, S. 9.
49 Vgl. Jung 1991, S. 105-108.
50 Bundesgesetzblatt I, 1955, S. 565.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 184

chen Entwicklung anzupassen. Tatsächlich erfolgten auch wesentliche Schritte: Seit 1957 sind Landwirte in die Altersversorgung voll einbezogen; Invaliditäts- und Unfallversicherung folgten, schließlich 1972 die Krankenversicherungspflicht. Auch Steuererleichterungen, insbesondere die Befreiung von der Umsatzsteuer, halfen. Die Schere der Einkommensentwicklung blieb jedoch erhalten, trotz Produktionssteigerungen und langer Arbeitszeiten. Das bundesdeutsche „Wirtschaftswunder" fand teilweise ohne die Landwirte statt.

Allerdings gestalten sich Einkommensvergleiche schon innerhalb des primären Sektors schwierig, da die Erträge erheblich differieren: Beispielsweise variierten 1969/1970 die Einkommen pro Arbeitskraft zwischen gleich großen ertragsschwachen und ertragsstarken Betrieben um das Drei- bis Vierfache.[51] Zum einen mochte ein höherer Grad an Zufriedenheit mit Arbeit und Leben Manches ausgleichen. Zum anderen benennt die Agrarhistorikerin *Gesine Gerhard* die flankierende, den Strukturwandel verzögernde und sozial abfedernde Agrarpolitik als zentrale Ursache dafür, dass „Bauern zu einem stabilen Fundament der Demokratie (wurden), obwohl sie vornehmlich 'Opfer' des Strukturwandels" waren. Denn: Die „Bauern sahen sich vom Staat geschützt und von ihren Standesvertretern repräsentiert." Mit Anspielung auf deren antidemokratische Rolle in der Weimarer Demokratie formuliert sie pointiert: „Die deutsche Bauernfrage konnte erst erfolgreich zum Abschluß gebracht werden, als Bauern zu Demokraten geworden waren."[52] – Schleswig-Holstein als ehemaliges Zentrum der antirepublikanischen „Landvolkbewegung", die die aufkommende NS-Bewegung fast bruchlos beerbte,[53] bildet tatsächlich ein spannendes Feld für die Frage nach den Ursachen dafür, dass seit Mitte des 20. Jahrhunderts der Strukturwandel von den Betroffenen überwiegend friedlich erduldet und mitgestaltet wurde.

Die Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 bildete den Startschuss für die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft": Die Gründerstaaten Frankreich, Italien, Bundesrepublik, Niederlande, Belgien und Luxemburg planten, innerhalb der Gemeinschaft einen freien, konkurrierenden Agrarmarkt zu schaffen, ihre Landwirtschaft aber vor Weltmarktpreisen zu schützen und sie durch eine gezielte, interventionistische Politik zu sichern.[54] Das erste Jahrzehnt sollte den Landwirten die Vorbereitung und Umstellung ermöglichen, ab 1962 sollten erste Marktordnungen gelten, bis 1969, so die Zielvorgabe, war der gemeinsame Markt voll zu entfalten. Fachleute rieten allerorten zur Spezialisierung der Produktionszweige und zum Wandel der inneren Einstellung. Der Kieler Oberlandwirtschaftsrat Heinz Dobert formulierte plakativ: Bauern sollten sich von „Vielmeiern" zu „Milchmeiern", „Schweinemeiern" oder „Rindermeiern", also zu Spartenvertretern wandeln: „Befreien Sie sich zuerst einmal von dem sich selbst eingeredeten und von anderen aufgedrängten Sendungsbewußtsein, von dem Gedanken, Landwirtschaft oder Bauerntum sei mehr als Geldverdienen. […] Landwirtschaft ist nichts, aber auch gar nichts anderes als ein Geschäft!"[55] Diese pro-

51 Varianz der Einkommen trotz gleicher Betriebsflächengröße 1969/70 im Vergleich zwischen ertragsschwachen und ertragsstarken Betriebe mit einer Größe von 50 ha und mehr zwischen 9 700 und 31 000 DM pro Arbeitskraft, bei Betriebsgrößen zwischen 20 und 50 ha zwischen 6600 und 26 200 DM. Vgl. Henning 1978, S. 279.

52 Gerhard, Gesine: Das Ende der deutschen Bauernfrage - Ländliche Gesellschaft im Umbruch, in: Münkel 2000, S. 124-142, hier S. 127, 137, 125.

53 Vgl. zur Landvolkbewegung: Danker, Uwe: Die Zerstörung der Weimarer Demokratie in Schleswig-Holstein, in: Wewer, Göttrik (Hrsg.): Demokratie in Schleswig-Holstein. Historische Aspekte und aktuelle Fragen, S. 213-228, Opladen 1998. Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart 1963. Rietzler, Rudolf: „Kampf in der Nordmark", Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1982. Stoltenberg, Gerhard: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933, Düsseldorf 1962.

54 Vgl. zum Folgenden den groben Überblick bei Eckart, Wollkopf 1994, S. 9-12. Durchgängig: Thiesen 1997.

55 Zit. in Jung 1991, S. 166.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 185

vokante Sicht entsprach so gar nicht dem bäuerlichen Selbstbild, symbolisierte aber Bewegung.

1965 beschloss der Bundestag, dass der bundesdeutschen Landwirtschaft über die Leistungen des „Grünen Plans“ hinaus jährlich ein Fördervolumen von einer Milliarde DM als Anpassungserleichterung bereit gestellt werden solle. Zum 1. 1. 1970 verabschiedeten Bundestag und Bundesrat das „Gesetz über eine Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. In Schleswig-Holstein gab es als einschlägige Förderadresse beziehungsweise Förderinstrument das „Programm Nord“:[56] Zunächst beschränkt auf besonders rückständige Regionen in den Kreisen Südtondern, Flensburg-Land und Husum, 1960 erweitert auf das Gebiet der gesamten Westküste und ab 1972 auch Gebiete an der Ostküste einbeziehend, strebte das milliardenschwere, von Bund und Land finanzierte Förderungsprogramm drei Ziele an: Höhere Arbeitserträge der Betriebe, Modernisierung der Infrastruktur und Gestaltung einer gesunden Kulturlandschaft. Diese in ihren Konsequenzen mutmaßlich kaum zu überschätzende, modernisierende „Generalbereinigung“ der ländlichen Räume beinhaltete Landstraßen- und Wirtschaftswegebau, bessere Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Dränage landwirtschaftlicher Flächen, Baumaßnahmen auf den Höfen sowie eine systematische „Flurbereinigung“: Gemeinde für Gemeinde hoben Flurbereinigungsverfahren durch Tausch und Zusammenlegungen die unwirtschaftliche Zersplitterung von Flurstücken auf. Betriebe mussten ihr Grundeigentum in das Verfahren einbringen und erhielten teilweise neue Flächen zurück. Trotz der Konfliktträchtigkeit eines derartigen Vorgehens kumulierten sich Entwässerung, Bauten auf den Höfen sowie maschinenfreundliche Einebnungen der Flächen und Verbesserungen der Wege zu einem insgesamt offenkundig erfolgreichen Unterfangen, das bis 1975 der schleswig-holsteinischen Kulturlandschaft auf 600 000 Hektar ein neues Gesicht gab!

Parallel wurde die Veredelungswirtschaft modernisiert, denn im Gemeinsamen Markt und mit der Durchsetzung der Selbstbedienungsgeschäfte zählte seit den 60er Jahren neben Preis und Qualität zunehmend auch die „Verpackung“ der Ware.[57] Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft nutzte das gute Image des Landes zwischen den Meeren und schuf 1965 das Gütezeichen „hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ mit einer stilisierten Landkarte. Meiereien fusionierten und die Leitbetriebe entwickelten marktfähige Marken. Ein Beispiel ist der Zusammenschluss norddeutscher Meiereien im Hansano-Marketing-Verbund von 1970. Auch „Nordbutter“, „Nordfleisch“ und „Nordzucker“ gelten als Ausdruck moderner Vermarktung, die den schleswig-holsteinischen Nachteil der Marktferne umzukehren versucht.

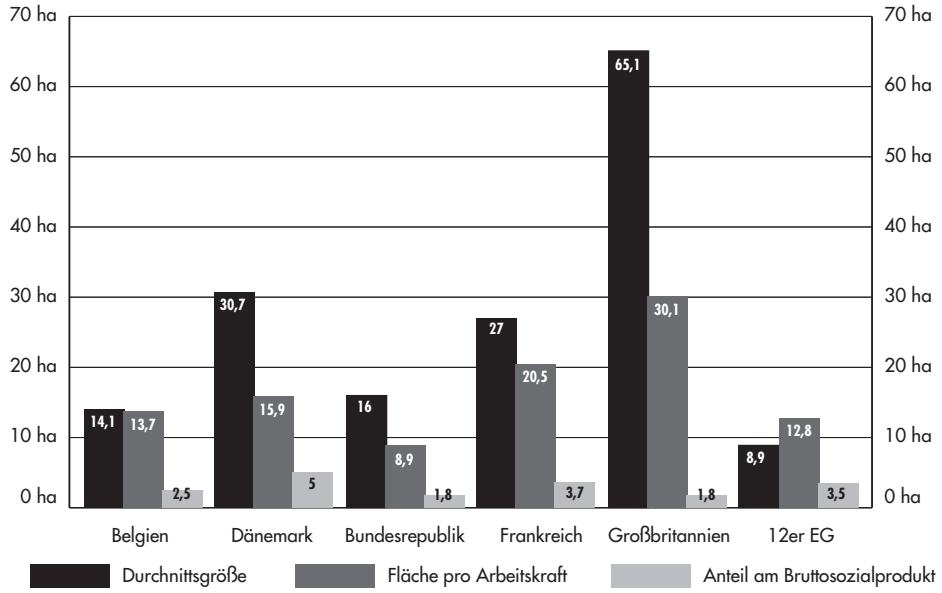
2.4. Bestandsaufnahme 1969, Europäische Marktsteuerung und regionale Proteste. Andreas Thomsens Hof läuft in den 60er Jahren gut, Ende 1965 ist er nach Zukauf 32 Hektar groß und verfügt über 180 Mast-

56 Vgl. Thiesen 1997, S. 114-120. Danker, Uwe: Landespolitik 1950 bis 1967, in: Ders.: Jahrhundert-Story, Band 3, S. 148-167, Ders.: Landespolitik 1967-1983, in: Ders.: Jahrhundert-Story, Band 2, S. 228-247. Junge, Werner: Das Programm Nord, in: Fleischhauer, Turkowski: Erinnerungsorte, S, 96-103.

57 Vgl. Thiesen 1997, S, 162-172.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 186

Diagramm 11: Uneinheitliche Agrarstrukturen in der Europäischen Gemeinschaft 1986[61]



schweine sowie 50 Rinder, darunter 12 Milchkühe. Die Thomsens investieren im festen Rhythmus alle drei bis vier Jahre. Und sie sind zufrieden: „Nach Arbeitsstunden haben wir nie gefragt." Als Altenteiler resümiert er aber 1992 befremdet: „Heute sind wir soweit, daß der Bauer über 50 % seines Einkommens aus Zuschüssen, Beihilfen, Verbilligungen, Prämien, Ausgleichszahlungen usw. bezieht. Er verdient also mehr mit dem Ausfüllen von Formularen als mit der Produktion von Nahrungsmitteln."[58]

1969, ein Jahr vor dem gemeinsamen Agrarmarkt, veröffentlichte die Landwirtschaftskammer eine Bestandsaufnahme der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein:[59] Die Hälfte aller landwirtschaftlichen Einkommen im Land wurden durch Milch und Fleisch der im Jahr 1967 1,4 Millionen Rinder erwirtschaftet. Die Schweinemast lag stabil bei etwa 2,5 Millionen geschlachteten Tieren im Jahr. Die Einkommen der Bauern waren zwar erheblich gestiegen, aber der Unterschied zum gewerblichen Vergleichslohn hatte sich nach dieser Erhebung nicht vermindert. Insbesondere fiel ein sektoreninternes Problem auf: Betriebe vergleichbarer Größen wirtschafteten sehr unterschiedlich. 1963 variierten die Reinerträge pro Hektar zwischen 1200 DM Gewinn und 800 DM Verlust. Nach zeitgenössischer Analyse spiegelte sich darin die unterschiedliche Kreditbelastung: Jeder fünfte Betrieb galt als überschuldet und gefährdet. Vergrößerungs- und Investitionszwänge drückten, der Familienbetrieb in den Größenordnungen zwischen 20 bis 50 Hektar galt zu dieser Zeit als das wirtschaftlichste Modell, wenn Investitionen eine stetige Marktanpassung sicherstellten.

58 Thomsen o.J.

59 Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein (Hrsg.): Die Produktionsstruktur in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft, Kiel 1969.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 187

Der interventionistische Agrarmarkt in der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“, der späteren „Europäischen Gemeinschaft“ und heutigen ‘Europäischen Union’, steuert und schützt mit erheblichem administrativen Aufwand eine sehr disparate europäische Landwirtschaft mit starken nationalen wie regionalen Unterschieden: übliche Größe der Betriebe, ihre Wirtschaftsweise, Produktivität der Böden, Klima, Marktentfernung, Traditionen, nationale Hilfspakete, alternative Arbeitsplatzangebote und so weiter, all das variiert in Europas gemeinsamem Agrarmarkt außerordentlich.[60] (Diagramm 11)

Für Schleswig-Holstein gilt vereinfacht dargestellt, dass im nationalen wie internationalen Kontext relativ große bäuerliche Betriebe erhebliche Überschüsse erwirtschaften, die Märkte jedoch entfernt liegen. Im Gegensatz zu west- und süddeutschen Regionen, in denen der Nebenerwerb durch vielfältige Arbeitsangebote in der gewerblichen Wirtschaft erleichtert wird und zugleich aufgrund der Besiedlungsdichte und Wirtschaftsstruktur Marktnähe für die landwirtschaftlichen Produkte herrscht, überwiegt im Norden der Vollerwerb und damit die volle Abhängigkeit vom Agrarmarkt. Bezogen auf durchschnittliche Betriebsgröße und Anteil am Sozialprodukt entsprach Schleswig-Holsteins Agrarwirtschaft im Stichjahr 1986 am ehesten der Struktur des Nachbarstaates Frankreich, was die Probleme und Grenzen nationaler Förderpolitik andeutet.

Die deutsche Landwirtschaft litt unter Währungsschwankungen. Schwierig wurde die Lage beispielsweise, als Frankreich 1969 den Franc um elf Prozent abwertete und kurz darauf die DM auch noch um neun Prozent aufgewertet werden musste: Exporte aus der Bundesrepublik waren drastisch verteuert, die aus Frankreich ebenso radikal verbilligt. Ausgleichszahlungen konnten die Verluste nur zum Teil auffangen. Das Europäische Währungssystem 1978 galt nur als Schritt zur Stabilisierung des so genannten „Grünen Dollars“. Seit 1962 forderten Verbände der Landwirtschaft eine gemeinsame europäische Währung als Ergänzungsstück zum freien Handel.[62] Die bundesrepublikanische Industrie ist traditionell stark exportorientiert. Zum Ausgleich der Handelsbilanz resultiert daraus ein gewisses Interesse an landwirtschaftlichen Importen. Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaft steigerten und steigern zudem den Importdruck, weil neue Mitgliedsländer mit preiswerteren Agrarprodukten vom freien Binnenmarkt profitieren wollen.

Die Marktsteuerung in Brüssel, Bonn und Kiel erzeugt bei den Landwirten oft Unzufriedenheit, stellen Preisfestlegungen, Subventionen und Aufkäufe doch immer politische Entscheidungen im Interessenausgleich dar.[63] Andererseits müssen Verbraucher erhöhte Preise für Agrarprodukte ertragen und mit ihren Steuern die Marktordnungen finanzieren. Der Unmut äußerte sich auch in bäuerlichen Protesten. Ein Höhepunkt: die Jahre 1967 bis 1972, die Startphase des gemeinsamen Marktes. 30 000 schleswig-holsteinische Bauern protestierten 1968 „Gegen Wortbruch und Ungerechtigkeiten der Bonner Regierung“, 1969 ließen 4000 pfeifende Bauern in der Kiel-

60 Siehe Diagramm 11. Vgl. Mittelbach 1992, S. 59. Dorfner 2000.
61 Erstellt nach Rösener 1993, S. 266.
62 Vgl. Thiesen 1997, S. 325 – 336.
63 Vgl. zum folgenden ebd.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 188

er Ostseehalle EWG-Agrarkommissar Sicco Mansholt nicht zu Wort kommen und Landwirtschaftsminister Ertl verließ den Deutschen Bauerntag in Kiel 1971 ebenfalls, ohne das Wort ergreifen zu können.[64]

Garantierte Preise und Produktionssteigerungen führten seit den 1960er Jahren zu Überproduktionen mit zusätzlichen Kosten für Lagerung oder gar Vernichtung von Lebensmitteln. Butter-,Getreide-, Fleisch-, Wein- und Zucker-„Berge“ begleiteten fortan die Marktordnungspolitik zur Sicherung der westeuropäischen Landwirtschaft. 1983 drohte der Kollaps: Neun Millionen Tonnen Getreide, 400 000 Tonnen Rindfleisch, eine Million Tonnen Magermilchpulver, 850 000 Tonnen Butter und über 20 Millionen Hektoliter Wein lagerte die Gemeinschaft. Die Interventionskosten verschlangen in diesem einen Jahr 56 Milliarden DM! Die „Notbremse“ hieß 1984 „Mengensteuerungspolitik“ und brachte zuerst die „Milchquote“: Preisgarantien galten fortan nur noch für die Milchmengen des Jahres 1981. Die „Quote“ bestimmte man für jeden einzelnen Hof, „Milchrenten“ bezogen jene, die die Produktion drosselten. Tatsächlich sank in Schleswig-Holstein schon im ersten Jahr die Milchproduktion um 15 Prozent. Die Probleme der teuren Marktregulierung im komplizierten, konfliktträchtigen Zielkonflikt zwischen Schutz und Wandel der Landwirtschaft sowie Verbraucher- und Welthandelsinteressen wurden perpetuiert.

Der in den europäischen und weltweiten Zusammenhang einbeschriebene regionale Strukturwandel schreitet fort. Unabhängig von Unterscheidungen in biologisch-dynamischen und konventionellen Anbau stehen Begriffe der aktuellen Agrarpolitik für neue Teilantworten: Öffentlich finanzierte Stilllegungs- und Extensivierungsprogramme, Vertragsnaturschutz, produktionsunabhängige Direktzahlungen an Landwirte. Die zur Jahrhundertwende jährlich fast 50 Milliarden Euro EU-Mittel im Agrarbereich werden „umgeschichtet“, eine Kehrtwende, die von den Bauern ein neues Selbstbild verlangt, das mehr als Nahrungsmittelerzeugung beinhalten wird,[65] ohne *Josef Moosers* pointierter These in aller Konsequenz zu folgen, dass die Bauern angesichts des enormen Anteils staatlicher Transferleistungen am Einkommen zu „einer besonderen Kategorie von Arbeitern im öffentlichen Dienst“ gemacht worden seien.[66]

Forschungsstand[67] und Perspektiven. Ein kursorischer Blick auf einschlägige deutsche Forschungen weist aus, dass der Forschungsgegenstand *„Gemeinde“* seit langem im festen Blick von Volkskunde, Sozial- und Wirtschaftsgeografie sowie Agrar- beziehungsweise Gemeindesoziologie ist: Als Pionierstudie und Ausgang der wissenschaftlich verfeinerten Gemeindesoziologie gilt die 1954 publizierte Untersuchung von *Gerhard Wurzbacher*, „Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung“.[68] Die intensivierte, in Europa seit der Mitte des 20. Jahrhunderts wirkende Land- und Agrarsoziologie mit ihren Forschungsfeldern Individuum im ländlichen Raum,

64 Vgl. ebd., S. 226-259.
65 Vgl. Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum im Regierungsbezirk Tübingen (Hrsg.): Landwirtschaft und mittelständische Wirtschaft - Partner im Strukturwandel: Bericht über die Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft ländlicher Raum im Regierungsbezirk Tübingen, Tübingen 1988.
66 Mooser (2000), S. 27.
67 Allgemeine Überblicke: Kluge, Ulrich: Deutsche Agrarpolitik im 20. Jahrhundert zwischen Protektionismus und wirtschaftlicher Modernisierung. Ausklang des Agrarischen?, in: Münkel 2000, S. 289-314. Ders: Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 2 Bände, Hamburg, Berlin 1989. Kötter, Herbert: Die Landwirtschaft, in: Conze, Werner; Lepsius, Rainer (Hrsg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, S. 115 - 142, Stuttgart 1983. Rösener 1993, S. 242 -289.
68 Wurzbacher, Gerhard; Pflaum, Renate (Mitarb.): Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung: Untersuchung an den 45 Dörfern und Weilern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde, Stuttgart 1954. Vgl. Wiegelmann, Günter: Gemeindestudien in Deutschland. Trends - Probleme - Aufgaben, in: Wiegelmann, Günter (Hrsg.): Gemeinde im Wandel. Volkskundliche Gemeinstudien in Europa, S. 67 - 77, Münster 1979, S. 67 – 71. Ahrensberg, Conrad M.: Soziologie der Gemeinde. Die Gemeinde als Objekt und als Paradigma, in: König, Rene (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 4, S. 82 - 117, Stuttgart 1974. Eichmüller, Andreas: Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung in Bayern. Ökonomischer und sozialer Wandel 1845 - 1970. Eine vergleichende Untersuchung der Landkreise Erding, Kötzting und Obernburg, München 1997. Kaschuba, Wolfgang; Lipp, Carola: Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Tübingen 1982.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 189

Landfamilie, landwirtschaftlicher Betrieb und dörfliche Umwelt[69] ist offenbar auch als Reflex auf Modernisierungsschübe und Wandel seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu deuten. Zwar sind die Studien nicht historisch angelegt, bergen jedoch für spätere historische Forschungen nutzbare wertvolle Erkenntnisse und rücken zudem seit Mitte der 1960er Jahre immer häufiger den Wandel[70] und die beschleunigte gemeindliche Urbanisierung[71] in den Mittelpunkt.[72] Ganze Forschungsverbünde haben für 14 ausgewählte deutsche Dörfer in den Stichjahren 1952, 1972 und 1993/94 agrarsoziologische Erhebungen vorgenommen, deren Ergebnisse trotz unterschiedlicher Anlage und des zeitgebundenen Wandels der Interessen und Fragestellungen in wesentlichen Teilen vergleichbar sind:[73] Laut *Heinrich Becker* standen 1952 Lebensmittelversorgung und Agrarproduktion im Mittelpunkt, auch Fragen nach einer flüchtlingsbedingten Überbevölkerung, 1972 und identisch 1993/1994 dagegen der Wandel der Lebensverhältnisse auf dem Land.[74] Die Forscher der Einzelprojekte griffen auf sehr verschiedene Methoden zurück, darunter Expertengespräche, standardisierte Einwohnerbefragungen, Landwirtschaftserhebungen und qualitative Bestandsaufnahmen,[75] ausgewählte Ergebnisse belegen den drastischen Funktionswandel des Dorfes und die Angleichung der Lebensformen in Stadt und Dorf sowie das neue Phänomen verschiedener Sozialkreise im Dorf, die auch dazu führen, dass nicht mehr jeder mit jedem kommuniziert beziehungsweise alle Mitbewohner kennt,[76] jedoch auch das wichtige Faktum, dass der Wandel durchaus unterschiedlich, also in *regionaler Ausprägung* verläuft.[77]

Paul Erker fragt 1988 im von *Martin Broszat* herausgegebenen, einer „Sozialgeschichte des Umbruchs“ verpflichteten Sammelband über die 1940er Jahre[78] nach der „Revolution des Dorfes ?“ in Bayern und geht aus vom Umbruch im Jahrzehnt zwischen 1942 und 1952.[79] Nach einer landwirtschaftlichen Scheinblüte bis zur Währungsreform kam laut Erker mit dem durch die NS-Zeit förmlich aufgestauten Mechanisierungsdruck die bäuerliche Umstellung mit den bekannten Phänomenen: Abwanderungstendenzen, Beratung durch Verbände, Einführung neuer Buchführung im Betrieb, neue Anforderungen. Die kleinen Höfe bis fünf Hektar Größe starben zuerst, was soziale Verwerfungen auf dem Dorf bewirkte.[80] Am Beispiel des Landkreises Ansbach[81] exemplifiziert er das Phänomen der Fremden, nämlich der Flüchtlinge im Dorf, die in Bayern bis zu einem knappen Drittel, mithin erheblich weniger als in Schleswig-Holstein, ausmachen konnten. Viele der Migranten stammten aus Städten, Konflikte und Vorurteile bestimmten den Alltag, die Homogenität des dörflichen Sozialgefüges löste

69 Vgl. Kromka, Franz: Vier Jahrzehnte westdeutsche Land- und Agrarsoziologie, in: Vonderach, Gerd (Hrsg.): Sozialforschung und ländliche Lebensweisen. Beiträge aus der neueren europäischen Landessoziologie, S. 3-31, Bamberg 1990, insbesondere S. 6-17.

70 Vgl. das an prominenter Stelle publizierte Plädoyer von Ahrensberg 1974, S. 98.

71 Vgl. Wiegelmann 1979, S. 71.

72 In diesem Zusammenhang sehr anregend die Untersuchungen am schwäbischen Beispiel Hausen: Jeggle, Utz; Ilien, Albert: Die Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des Dorfes und zur Sozialpsychologie seiner Bewohner, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und didaktische Hilfen, S. 38 - 53, Opladen 1978. Ebenso die Deutung des ländlichen Strukturwandels als einen „Übergang von der Moral Economy zur Maximierungsökonomie“ am Fallbeispiel der Gemeinde Borgentreich: Müller, Christa: Von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf: bäuerliche Überlebensstrategien zwischen Weltmarktintegration und Regionalisierung, Frankfurt a.M. 1998, S. 88.

73 Vgl. Becker, Heinrich: Dörfer heute: ländliche Lebensverhältnisse im Wandel; 1952, 1972 und 1993/95, Bonn 1997. Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V. Bonn (Hrsg.): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972 und 1993/94, Bonn 1996. (Kurzbeitrag Becker) Leider wurde kein schleswig-holsteinisches Dorf ausgewählt!

74 Vgl. Forschungsgesellschaft 1996 (Kurzbeitrag Becker), S. 5-11.

75 Vgl. ebd., S. 5-18.

76 Vgl. ebd., S. 192ff.

77 Vgl. ebd., S. 191f.

78 Broszat, Martin u.a. (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988.

79 Erker, Paul: Revolution des Dorfes? in: Broszat, Martin (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, S. 367 - 425, München 1988, hier: S. 368. Vgl. Drsb.: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft: Bauern und Arbeiterschaft in Bayern, 1943 - 1953, Stuttgart 1990.

80 Vgl. Erker (Revolution) 1988, S. 371 – 376.

81 Vgl. Erker, Paul: Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger: Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarischen Region Mittelfrankens 1945 - 1955, Stuttgart 1988.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 190

sich auf, jedoch auch Bauernkinder strebten entsprechend der neuen Orientierungen im Wirtschaftswunder auf den urbanen Arbeitsmarkt, dörfliche Nachbarschaftsstrukturen verloren an Gewicht.[82] Flüchtlinge, die blieben, veränderten das Dorf und dessen politische Themen, emanzipierten sich erfolgreich.[83]

Peter Exner hat im Rahmen des Westfalenprojektes für seine Langzeit-Dorfstudie den Zäsuren übergreifenden Zeitraum von 1919 bis 1969 gewählt und drei Komplexe der dörflichen Gesellschaft analysiert: die Rekrutierung der dörflichen Eliten, das Heiratsverhalten sowie die Fest- und Vereinskultur.[84] Er kann durchweg ein „hohes Maß an Kontinuität ausmachen".[85] Sein Bezugsrahmen jedoch ist das „alte Dorf", definiert als „Verdichtung als Nahrungs- und Lebensraum (Landwirtschaft) sowie als Schicksals- und Lebensgemeinschaft seiner Bewohner (ländliche Gesellschaft)", das nicht mehr existiere, sondern durch das „neue Dorf" mit seinen Kennzeichen Urbanisierung, Motorisierung, egalitärer Freizeit- und Medienangebote sowie einer Sozialstruktur mit vielen Pendlern und wenigen in der Landwirtschaft Tätigen abgelöst worden sei.[86] Es gehe um den „Wandel vom alten, agrarisch geprägten Dorf zur entbäuerlichten Landgemeinde", wobei in Westfalen die „entscheidenden Wandlungen" in Landwirtschaft und ländlicher Gesellschaft erst in den 1960ern aufgetreten seien, „um dann in den Folgedekaden mit Vehemenz durchzuschlagen".[87] Die Frage der Integration der Flüchtlinge, so *Exner* im deutlichen Gegensatz zu *Erker*, sei hier auf einfache Weise gelöst worden, als „einseitiger Adaptionsprozeß von Seiten der Vertriebenen."[88]

Auch die einzige relevante Arbeit für Schleswig-Holstein, die sozial- und wirtschaftsgeographische Studie von *Barbara Langlet-Ruck* über die Veränderungen des „Arbeitskräftebesatzes" in der regionalen Landwirtschaft, zeigt Unterschiede der Arbeitsstrukturen und -entwicklungen, aber auch der Effekte des Strukturwandels zwischen Ost- und Westküste des Landes auf.[89] Sie kann belegen, dass „die Reduzierungen der bäuerlichen Bevölkerung" zweifach auf den sozialen Wandel im ländlichen Raum wirkten: „Dieser ist zuvörderst an veränderten Wert- und Verhaltensnormen messbar, die sich den städtischen Vorstellungen zusehends näherten."

Auch äußerlich lasse sich am Erscheinungsbild der Gemeinden die Urbanisierung erkennen. Darüber hinaus, so Langlet-Rucks Befund, „spielt die Agrarbevölkerung eine passive Rolle im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Modifikationen in landwirtschaftlich geprägten Gebieten. Denn mit deren zunehmender Verminderung gewinnen Überfremdungsansätze an Stärke."[90] – Das ist ein Ergebnis, das weitere Fragen zur empirischen Überprüfung provoziert.

Betrachtet man die Anpassungsprozesse bäuerlicher Familien im ländlichen Modernisierungsprozess, so lässt sich mit *Hildenbrand et al.* annehmen, Bauern lebten in einer „widersprüchlichen Einheit zwischen Tradition und Moderne", müssten naturnahes Produzieren und modernes Unternehmertum unter einen Hut bringen;[91] erfolgrei-

82 Vgl. Erker (Revolution) 1988, S. 376-407.
83 Vgl. ebd., S. 409-423.
84 Vgl. Exner, Peter: Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919-1969, Paderborn 1997, S. 444ff.
85 ebd., S. 447.
86 ebd., S. 450.
87 Exner, Peter: „Wenn die Frauen Hosen tragen und die Wagen ohne Deichsel fahren, dann ändern sich die Zeiten." Ländliche Gesellschaft in Westfalen zwischen Weimar und Bonn, in: Münkel 2000, S. 39-68, S. 39. Exner 1997, S. 449.
88 Exner 1997, S. 447. Dabei liefern etwa auch Karl H. Schneiders Überlegungen zu „Varianten dörflicher Entwicklung zwischen 1945 und 1970" in Niedersachsen gewichtige Hinweise darauf, dass „starke strukturelle Unterschiede und regionale Entwicklungspfade" anzunehmen sind. Vgl. Schneider, Karl H.: Wege in die Moderne. Varianten dörflicher Entwicklung zwischen 1945 und 1970, in: Münkel 2000, S. 69 - 92, S. 75.
89 Langlet-Ruck 1987.
90 ebd., S. 344.
91 Hildenbrand, Bruno; Bohler, Karl Friedrich; Jahn, Walter; Schmitt, Reinhold: Bauernfamilien im Modernisierungsprozess, Frankfurt a.M. 1992, S. 15.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 191

che Familien schaffen demnach beides, also die Integration des Widersprüchlichen.

Der Bereich Bäuerinnen und Frauen in der ländlichen Gesellschaft ist breit beforscht.[92] Die inhaltlich aktuellste historische Studie stellt die Arbeit von *Helene Albers* über Bäuerinnen in Westfalen-Lippe zwischen 1920 und 1960 dar. Mit Hilfe unterschiedlicher methodischer Zugänge analysiert sie den Wandel auf der Mikroebene in zwei ausgewählten Dörfern.[93] Die Fruchtbarkeit ihres Gender-Ansatzes wird deutlich, wenn sie überzeugend die unterschiedlichen Phasen der landwirtschaftlichen Technisierung erklärt: Zunächst setzt der Siegeszug des Traktors ein, der von Männern gefahren wird, ja, im Gegensatz zur PKW-Vermarktung, nicht einmal in der Werbung mit Frauen am Steuer versehen sein darf, während die Mechanisierung des – traditionell von der Bäuerin betriebenen – Melkens später erfolgt, und erst nach der Installation der Melkmaschine auch zur Männerarbeit wird.[94] Generell gelte, dass, und zwar stärker noch auf kleinen Höfen, Bäuerinnen Schübe der Mehrarbeit und Arbeitsintensivierung erfahren, dass sie aber in der Deutung von Helene Albers keineswegs nur als Verliererinnen des in den 1960ern und 1970ern in seiner „ganzen Unerbittlichkeit“ sichtbar werdenden Strukturwandels zu begreifen sind.[95]

Ein von *Daniela Münkel* herausgegebener Sammelband trägt im Titel bereits seine Kernthese: „Der lange Abschied vom Agrarland“.[96] Jedoch werden auch Kontroversen deutlich: Zwar ist die Periodisierung des Strukturwandels unstrittig: nach der Phase der künstlich implantierten Stagnation in der NS-Zeit setzt der Umbruch mit Abschluss der Ernährungskrise ein, wobei die 1950er Jahre als „erste Beschleunigungsphase“ begriffen werden und die „entscheidende Zäsur“ in die 1960er Jahre datiert wird,[97] der Wandel sich anschließend verstetigt. Aber Interpretationen wie etwa die Bewertung der neuen Geschlechterrolle von Bäuerinnen oder die Listung von Gewinnern und Verlierern sind strittig. Während *Mooser* Bauern generell als „Objekte der Agrarpolitik“, damit als Verlierer der Modernisierung begreift, widerspricht *Erker*.[98] Unstrittig ist jedenfalls, dass die Beantwortung der Frage, wie der Wandel sich vollzog, regionale Differenzierung erfordere, und – wohl über die im Band vertretenen Beispiele für Bayern, Westfalen und Niedersachsen hinaus – des regionalhistorischen Ansatzes bedürfe.[99] Das mag man als Anreiz lesen, auch schleswig-holsteinische Untersuchungen zu beginnen.

92 Vgl. zum Beispiel die Arbeiten: Albers, Helene: Bäuerinnenalltag - Landfrauenpolitik. Das Beispiel Westfalen 1920 bis 1960, in: Münkel 2000, S. 93-123. Albers, Helene: Zwischen Hof, Haushalt und Familie: Bäuerinnen in Westfalen-Lippe (1920-1960), Paderborn, München, Zürich 2001. Aßfalg, Margarete; Janshen, Doris: Arbeiten, Lernen, Lieben, Feiern. Landfrauen im Wandel der industriellen Gesellschaft, in: Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.): Frauenforschung. Beiträge zum 22. Deutschen Soziologentag, Dortmund 1994, S. 140-150, Münster 1995. Inhetveen, Heide: „Schöne Zeiten, schlimme Zeiten.“ Zeit, Geschichte, Biographien von Bäuerinnen, in: Feministische Studien 1, S. 33-47, Stuttgart 1982. Kleine, Reinhild: „Ohne Idealismus geht es nicht.“: Frauen in der Landwirtschaft zwischen Tradition und Moderne, Münster 1999. Majewski; Walther 1996. Mitterauer, Michael: Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Geschlechterrollen in ländlichen Gesellschaften Mitteleuropas, in: Martin, Jochen; Zoepffel, Renate (Hrsg.): Aufgaben, Rollen und Räume von Frau und Mann, Bd. 2, S. 819-914, Freiburg, München 1989. Niebuer, Wilhelm: Der soziostrukturelle Wandel der Familie in Deutschland und seine Bedeutung für Frauen in der Landwirtschaft, in: Gesellschaft für Wirtschafts- und Regionalsoziologie (Hrsg.): Land, Agrarwirtschaft und Gesellschaft, Zeitschrift für Land- und Agrarsoziologie, S. 3-57, Giessen 1994. Schimpf, Verena-Christiane: Landfrauen zwischen Resignation und Chance: eine qualitative Studie zur Lebenswelt von Frauen in der Landwirtschaft, München 1997. Schlude, Ursula: „Ich hab’s gern gemacht.“ Die Lebensgeschichte einer Bäuerinnengeneration, Ravensburg 1982. Segalen, Martine: Aufgaben und Rollenverteilung bei Männern und Frauen im ländlichen Milieu des 19. und 20. Jahrhunderts: Frankreich und die Gesellschaften des Mittelmeerraumes, in: Martin, Jochen; Zoepffel, Renate (Hrsg.): Aufgaben, Rollen und Räume von Frau und Mann, Bd. 2, S. 915-936, Freiburg, München 1989. Walther, Neumünster 1996, S. 9-89. Watz, Barbara: Alltag im Wandel. Veränderungen der ländlichen Lebens- und Arbeitssituation seit 1945, in: Werckmeister, Johanna (Hrsg.): Land – Frauen – Alltag: Hundert Jahre Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen im ländlichen Raum, Marburg 1989.

93 Vgl. Albers, Zürich 2001, S. 17-23.

94 Vgl. Albers 2000, S. 97ff, 122.

95 Albers 2000, S. 95. Vgl. Albers 2001, S. 13f., Münkel 2000, S. 17.

96 Münkel 2000.

97 ebd., S. 14, 16.

98 Vgl. ebd., S. 10.

99 Vgl. ebd., S. 15.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 192

Auch in Herrenwyk standen (fast) alle Räder still: Werkstor des Hochofenwerks Lübeck-Herrenwyk während des Metallarbeiterstreiks 1956/57. (Quelle: Amt für Kultur/Geschichtswerkstatt Herrenwyk: Leben und Arbeit in Herrenwyk. Geschichte der Hochofenwerk Lübeck AG, der Werkskolonie und ihrer Menschen. Lübeck 1985, S. 328)

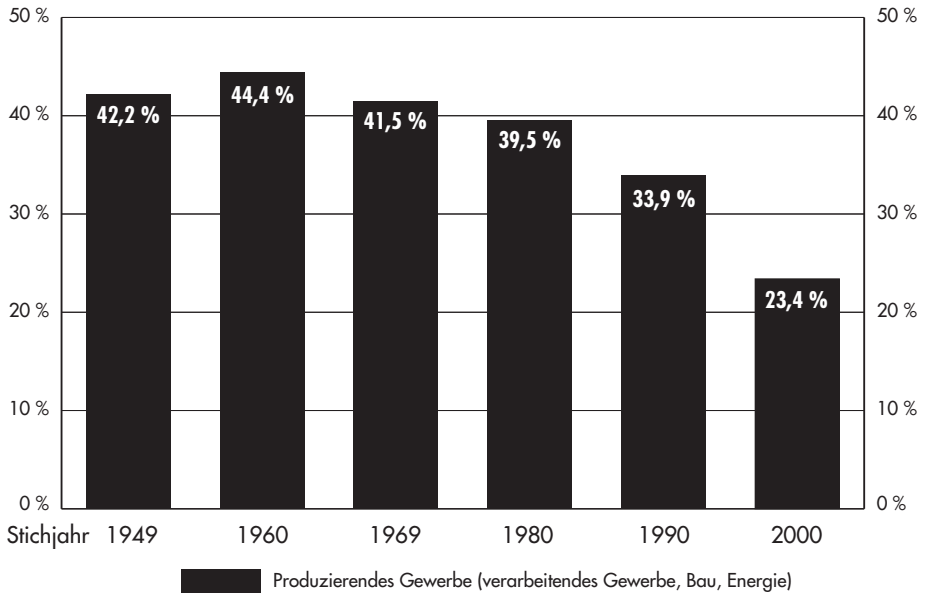
3. Strukturwandel der schleswig-holsteinischen Metall erzeugenden und verarbeitenden sowie Werftindustrie.[100] „Schleswig-Holsteins Weg in die Moderne“ beinhaltete neben der Agrarindustrialisierung bekanntlich auch revolutionären Wandel in klassischen Bahnen der Industrialisierung: zum Beispiel Baumwoll- und Tuchindustrie in Neumünster, Gerberei- und Lederindustrie in Elmshorn, Zementindustrie in Lägerdorf, Eisen- und Stahlverhüttung in Büdelsdorf/Rendsburg, Neumünster und Lübeck, industrieller Schiffbau im „Reichskriegshafen“ Kiel, in Flensburg, Rendsburg, Husum, Büsum und anderswo.[101] Im 20. Jahrhundert entfalteten die Metall erzeugende und verarbeitende sowie die Schiffbauindustrie besondere ökonomische und prägende Bedeutung für das Land.

Ein Symbol dafür lieferte der „Metallerstreik 1956/1957“,[102] denn ausgerechnet das vermeintliche „Agrarland Schleswig-Holstein“ wurde zum Austragungsort des für die gesamte Bundesrepublik relevanten Tarifkonflikts um die „Lohnfortzahlung im Krankheitsfall“. Stellvertretend in der einmal mehr ihre Leitfunktion einnehmenden, rekonstruierten bundesdeutschen Metallindustrie fokussierte dieser 114 Tage – von Oktober 1956 bis Februar 1957 – ausgetragene, bundesweit Weichen stellende Konflikt die Entwicklungs- und Konfliktlinien der prosperierenden Industriegesellschaft: Erstmalig ging es bei einem großen Arbeitskampf nicht um die Höhe der Löhne, sondern um die im Rahmentarifvertrag fixierten Arbeitsbedingungen. Die Arbeitgeberseite unterschätzte zunächst den Stellenwert, den die Gewerkschaftsvertreter der mit der Lohnfortzahlung verbundenen Gleichstellung von Arbeitern mit Angestellten zumaßen.[103] Konjunktur und eine her-

100 Neben den im weiteren Verlauf genannten Belegstellen stützt sich der Abschnitt auch auf: Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.): Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Fakten, die für sich sprechen, Kiel 1998. Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein, Kiel 1949 - 2002. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.): Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Fakten, die für sich sprechen, Kiel 1998. Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein, Kiel 1949-2002. Vorstand der IG-Metall (Hrsg.): Streik-Nachrichten (Dokumentation), Frankfurt a.M. 1976. Weitere Literaturhinweise finden sich auch in folgenden Beiträgen des Autors in den Bänden 1 und 2 der „Jahrhundert-Story: Industrieller Strukturwandel 1965-1985 (Bd.2), S. 28-47; Landespolitik 1967-1983 (Bd. 2), S. 228-247; Metallarbeiterstreik 1956/57 (Bd. 1), S. 88-107; Türkische Minderheit seit 1970 (Bd. 2), S. 248-267; Wirtschaftswunder 1948-1960 (Bd. 2), S. 88-107.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 193

Diagramm 12: Anteil Produzierendes Gewerbe am Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein 1950-2000[111]



vorragende Auftragslage der auf Jahre ausgelasteten Werften, auf denen 25000 der insgesamt 65000 Metallarbeiter Schleswig-Holsteins arbeiteten, ermutigten zur geografisch begrenzten Auseinandersetzung in dieser Region. Fast 45000 Metallarbeiter des Landes – mithin 70 Prozent – waren bereits Mitglieder der IG-Metall und damit Vertragspartner der organisierten Arbeitgeber.[104] „Nur“ 25000 Metallarbeiter in anfänglich 16 Unternehmen, darunter allerdings sämtliche Werften des Landes, traten in den neuartigen „Schwerpunktstreik“, der eine „flexible Eskalation“ ermöglichen sollte. Während an der deutsch-dänischen Grenze 93 Prozent aller Metallarbeiter Mitglieder der IG-Metall waren, in Kiel/Eckernförde mit den Werften immerhin 85 Prozent, hatten sich im Gebiet der IG-Metall-Verwaltungsstelle Rendsburg nur 45 Prozent für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft entschieden.[105] Hier spielte vor allem die familiär-matriarchal – von der auf dem Werksgelände lebenden Inhaberin – geführte Ahlmann-Carlshütte in Büdelsdorf/Rendsburg die bremsende Rolle, die ihr auch im

101 Regionalhistorische Literatur über die Modernisierung Schleswig-Holsteins: Danker, Uwe: Kinderrepublik und Werftarbeiter 1927, in: Jahrhundert-Story, Bd. 1, S. 228-247. Ders. (Bearb.): Wendt, Stefan (Transk.): „Oftmals spinne ich mit Hedwig politische Debatten über diese Jugend.“ Das Tagebuch des Adolf Buhmann für die Jahre 1945 bis 1969, in: Demokratische Geschichte 12 (1999), S. 133-190. Diederichs, Urs J. (Hrsg.): Schleswig-Holsteins Weg ins Industriezeitalter, Hamburg 1986. Jacobsen, Jens-Christian: Aus dem Leben einer Kiel-Gaardener Werftarbeiterfamilie (1913.1940), in: Demokratische Geschichte 1 (1986), S. 123-160. Lange, Ulrich: Modernisierung der Infrastruktur 1830-1918, in: Lange, Ulrich (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, S. 346-367, Neumünster 1996. Lemburg, Jens-Uwe: Arbeit auf der Hütte, Neumünster 1990. Lorenzen-Schmidt, Klaus-Joachim: Bevölkerungsentwicklung 1830-1918, in: Lange, Ulrich (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, S. 341-345, Neumünster 1996. Ders.: Wirtschaftliche Entwicklung 1830-1864, 1864-1918, soziale Entwicklung 1830 - 1918, in: Lange, Ulrich (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, S. 368-425, Neumünster 1996. Momsen, Ingwer E.; Dege, Eckart; Lange, Ulrich (Hrsg.): Historischer Atlas Schleswig-Holstein 1867 bis 1945, Neumünster 2001. Momsen, Ingwer E. (Hrsg.): Schleswig-Holsteins Weg in die Moderne, Neumünster 1988. Paetau, Rainer; Rüdel, Holger (Hrsg.): Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987. Sievers, Kai Detlev: Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins in der Kaiserzeit 1967-1914, Neumünster 1991.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 194

Streik zukommen würde. Die erbitterte und längste Tarifauseinandersetzung der deutschen Geschichte endete am 15. Februar 1957. Sie lieferte den Durchbruch in der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, aber es blieb dabei: Arbeiter und Angestellte wurden noch nicht ganz gleichgestellt.

Dieser qualitative Sprung fand statt vor dem Panorama des bundesdeutschen Wirtschaftswunders: Im Durchschnitt stieg das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik in den 1950er Jahren um 9,6 Prozent, in den 1960ern noch um hohe 6,1 Prozent.[106] Zwar wurde Mitte der 1960er Jahre die erste spürbare gesamtwirtschaftliche Rezession verzeichnet und traten in den 1970er Jahren mit Öl-, Montan- und Werftenkrise deutlichere Schattenwürfe auf, 1975 wurde die Millionenschwelle bei der Arbeitslosigkeit überschritten, die Wachstumsraten fielen auf 2,5 Prozent zwischen 1976 und 1982, doch gilt generell betrachtet in dieser Zeit immer noch, dass wir staatliche Interventionen jedenfalls subjektiv als Maßnahmen vor den Kennzeichen wirtschaftlicher Prosperität und eines Potentials der bundesrepublikanischen Wirtschaft zur Vollbeschäftigung zu deuten haben: Der Gesamtzeitraum zwischen 1950 und 1980 wird als beispiellose Phase des Anstiegs der Reallöhne unter gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung begriffen,[107] der Wirtschaftshistoriker *Werner Abelshauser* formulierte 1983: „Die Bundesrepublik versteht sich nicht zuletzt als eine Gemeinschaft zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und zur Mehrung des materiellen Wohlstands …“[108] Insbesondere die 1950er und vor allem die 1960er Jahre gelten als soziale Aufstiegsjahre der Arbeiterschaft: Nie zuvor waren die materiellen und immateriellen (zum Beispiel Teilhabe an Bildungs- und Aufstiegschancen) Fortschritte so spürbar und drastisch gewesen und geriet die Angleichung der Lebensformen so eindringlich. Zugleich trat eine Arbeitergeneration auf den Plan, die nicht mehr so sehr von der sozialistischen oder katholischen Arbeiterkultur geprägt war, sondern, wie *Josef Mooser* formuliert, „durch die kontinuitätszerstörenden Prozesse des relativen Wohlstands, der Mobilität und Massenkultur, durch welche die Arbeiter aus den ehemals typischen kollektiven Bindungen an eine schichtenspezifische Lebensweise und an politisch-soziale Gesinnungsgemeinschaften gelöst werden.“ *Moosers* oft rezipierte These: „Sie nahmen gewissermaßen Abschied von der ‘Proletarität’.“[109] Als seit den 1970er Jahren die Zahl der sozialrechtlich als Arbeiter definierten Beschäftigten nicht zuletzt auch durch den Arbeitsplätze reduzierenden Strukturwandel in der Metallindustrie abnahm,[110] verkomplizierte sich die Interpretation auf der Erfahrungsebene dann, wenn sich eine

102 Vgl. zum Metallerstreik: Beier, Gerhard: Der große Metallarbeiterstreik von 1956/57 und die Transformation der nationalen Frontstellung in eine soziale, in: Ekkehard Krüger (Red.): Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus, Flensburg 1976. Vorstand der IG-Metall (Hrsg.) Dokumentation. Der Streik der Metaller Schleswig-Holstein 1956/57, Frankfurt a.M. 1978. IG Metall Bezirk Küste (Hrsg.): 16 Wochen Streik. 1956 bis heute: Kampf um die Lohnfortzahlung (Broschüre), Hamburg 1996. Dittrich, Irene; Kalk, Wilfried: „Wir wollen nicht länger Menschen zweiter Klasse sein!“. Der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein 1956/57, in: Demokratische Geschichte 2 (1987), S. 351 - 394, Kiel 1987. Joho, Michael: Die Geschichte der Metallarbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften in Flensburg, Flensburg, Hamburg 1992. Kalk, Wilfried: 120 Jahre Metallarbeiterbewegung in Kiel. Die Geschichte der IG Metall Verwaltungsstelle bis 1989, Kiel 1989. Dersb.: Arbeiterbewegung in Rendsburg seit 1948. Die Geschichte der IG Metall Verwaltungsstelle bis 1986, Kiel 1987. Stamp, Friedrich: Arbeiter in Bewegung. Die Geschichte der Metallgewerkschaften in Schleswig-Holstein, Malente 1997.

103 Während Angestellte in Deutschland seit 1861 ihr Gehalt auch bei Krankheit weiter bezogen, seit 1930 für sechs Wochen auch auf gesetzlicher Basis, erhielten Arbeiter in den ersten drei ‚Karenztagen‘ gar nichts und anschließend ein Krankengeld von 50 Prozent des Grundgehalts von der Krankenkasse. Dieser Unterschied wurde als Diskriminierung wahrgenommen.

104 Vgl. Dittrich, Kalk 1987, S. 354ff.

105 Vgl. Dokumentation Streik der Metaller, 1978, S. 51.

106 Vgl. auch zum Folgenden Brock, Ditmar: Der schwierige Weg in die Moderne: Umwälzungen in der Lebensführung der deutschen Arbeiter zwischen 1850 und 1980, Frankfurt a.M. 1991, hier: S. 212ff.

107 Vgl. ebd., S. 193.

108 Zit. Nach ebd., S. 208.

109 Mooser, Josef: Arbeiterleben in Deutschland 1900 - 1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a.M. 1984, S. 228. Vgl. den Debattenbeitrag von Tenfelde, Klaus: Ende der Arbeiterkultur: Das Echo auf eine These, in: Kaschuba, Wolfgang; Korff, Gottfried; Warneken, Bernd J. (Hrsg.): Arbeiterkultur seit 1945 - Ende oder Veränderung?, S. 19 - 30, Tübingen 1991, insbesondere S. 24f.

110 Vgl. Mooser 1984, S. 226.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 195

Seit 1955 bestanden die „Zwischenstaatlichen Anwerbeverträge für ausländische Gastarbeiter" zwischen der Bundesrepublik und Italien: Italienische Arbeiter in der Ammoniakfabrik der Hochofenwerk Lübeck AG. Undatiertes Foto.
(Quelle: Amt für Kultur/Geschichtswerkstatt Herrenwyk: Leben und Arbeit in Herrenwyk. Geschichte der Hochofenwerk Lübeck AG, der Werkskolonie und ihrer Menschen. Lübeck 1985, S. 318.)

allgemeine soziale Aufstiegserfahrung zeitlich mit der persönlichen „Freisetzung" aus ursprünglich stabil angesehenen Arbeitsverhältnissen und Lebensentwürfen deckte: Gruppen-Aufstieg und individuelle Erschütterung zugleich! (Diagramm 12)

Etwa ein Jahrzehnt nach der legendären Auseinandersetzung der Metallarbeiter begann der Anteil des Sekundärsektors am in Schleswig-Holstein erwirtschafteten Bruttosozialprodukt drastisch zu schrumpfen. 1960 bei 44,4 Prozent angesiedelt, erscheint er im Stichjahr 2000 mit 23,4 Prozent fast halbiert. Die Hauptphase dieser Entwicklung fällt in den Zeitraum von 1980 bis 2000. Diesen sektoralen Strukturwandel steuerten und begleiteten die üblichen Teilprozesse: technologischer Fortschritt, einschneidende Veränderungen des Welt-Marktes, massiver Arbeitsplatzabbau.

Der industrielle Strukturwandel traf andere Bundesländer wie insbesondere Nordrhein-Westfalen stärker: Hier, wo das Jahrzehnt zwischen 1948 und 1958 als die „'goldenen' fünfziger Jahre" betitelt wird, betrug 1950 der Anteil der im Ruhrgebiet im Montanbereich Beschäftigten 66,7 Prozent, 1986 dagegen nur noch 41,1 Prozent. Dahinter verbirgt sich ein Abbau von 300 000 Arbeitsplätzen, nämlich die Reduktion von 517 000 auf 210 000 Arbeitsplätze.[112] Allein die Krise des Bergbaus ab 1958, die 1969 in die Gründung der

111 Basis: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein, Kiel 1949 - 2002.

112 Vgl. Petzina, Dietmar: Wirtschaft und Arbeit 1945-1985, in: Köllmann, Wolfgang; Korte, Hermann; Petzina, Dietmar u.a. (Hrsg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter: Geschichte und Entwicklung, Bd.1, Düsseldorf 1990, S. 507.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 196

Verwaistes Werksgelände: Innenansicht der ehemaligen Hauptwerkstatt des Hochofenwerks Lübeck-Herrenwyk 1985. (Quelle: Amt für Kultur/Geschichtswerkstatt Herrenwyk: Leben und Arbeit in Herrenwyk. Geschichte der Hochofenwerk Lübeck AG, der Werkskolonie und ihrer Menschen. Lübeck 1985, S. 342)

„Ruhrkohle AG“ als mit Steuermitteln finanzierte „sozialverträgliche Lösung“ mündete, reduzierte zwischen 1958 und 1967 die Arbeitsplätze im Bergbau von 607 000 auf 287 000.[113] Die öffentlich finanzierten Programme zur Abfederung der regionalen Krise, allein im genannten Jahrzehnt flossen 15 Milliarden DM Subventionen in den Bergbau, gelten als Musterbeispiele staatlicher Flankierung des Strukturwandels, die in den 1960ern und 1970ern neben der Verlangsamung des Wandels in beiden Sektoren Bergbau und Stahl erhebliche infrastrukturelle Verbesserungen bis hin zu mehreren Universitätsgründungen brachten.[114] – Berücksichtigt man diesen tiefgreifenden Wandel in einem Kerngebiet deutscher Industrialisierung und die ehemalige Bedeutung des Montanbereichs, so nimmt es nicht wunder, dass historische Forschungen wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Anlage für diese Region im Industriezeitalter besonders zahlreich vorliegen, insbesondere jene von *Werner Abelshauser* und *Klaus Tenfelde* verfassten und angeregten Arbeiten.[115] Im Übrigen gilt mit Blick auf zeitgenössische betriebssoziologische Arbeiten das Gleiche, was für nicht historisch angelegte Gemeindestudien gesagt wurde: Sie bieten retrospektiv oft kaum rekonstruierbare, also wertvolle Momentaufnahmen, Einordnungen und Erkenntnisse, die für historisch angelegte Arbeiten nutzbar gemacht werden können.[116]

Drei markante schleswig-holsteinische Fallbeispiele konkretisieren und differenzieren den abstrakt erschienenden Gesamtprozess.

3.1. Fallbeispiel Hochofenwerk Herrenwyk.[117] „Es war oft so, daß mehrere Familienmitglieder auf dem Werk ihre Beschäftigung hatten. Zum Beispiel weiß ich, mein Vater hat hier gearbeitet, von seiner Schwester der Mann, von seiner anderen Schwester auch der Mann, die haben auch hier gearbeitet. Ich glaube, Vater hat sie sogar nachgeholt. Vater hatte Bäcker gelernt, hat aber nachher auf der Kokerei gearbeitet, hat klein angefangen und ist später Angestellter geworden. Das

113 Vgl. ebd., S. 527.
114 Vgl. ebd., S. 527, 533. Steinisch, Irmgard; Tenfelde, Klaus: Technischer Wandel und soziale Anpassung in der deutschen Schwerindustrie während des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXVIII. Band, S. 27 - 74, Bonn 1988, insbesondere S. 27ff., 68ff.
115 Vgl. Steinisch; Tenfelde 1988, S. 47f. Abelshauser, Werner: Der Ruhrkohlebergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.
116 So auch Herbert, der bezogen auf betriebssoziologische Arbeiten der 1950er Jahre betont, dass sie nicht einmal in Erfahrungsbezug zur NS-Zeit gesetzt wurden, aber gleichwohl ertragreiche Befunde enthalten. Vgl. Herbert, Ulrich: Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive, in: Niethammer, Lutz; Plato, Alexander (Hrsg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 3, S. 19 - 52, Berlin, Bonn 1985, S. 36.
117 Vgl. hierzu vor allem Museum für Kunst und Kulturgeschichte der Hansestadt Lübeck (Hrsg.): Leben und Arbeit in Herrenwyk. Geschichte der Hochofenwerk Lübeck AG, der Werkskolonie und ihrer Menschen, Lübeck 1985. Pressestelle der Landesregierung Schleswig-Holstein: Stilllegung der Neuen Metallhüttenwerke Lübeck (9.11.1990), Kiel 1990.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 197

Hochofenwerk hatte auch sein eigenes Kaufhaus und seine eigene Bäckerei.“[118] – So erinnert sich der 1910 geborene Ernst Goldschmidt an seine Jugend in der Werkskolonie der „Hochofenwerk Lübeck AG“ in Lübeck-Herrenwyk. Goldschmidt lernte und arbeitete im Hochofenwerk. Das 1905 gegründete und 1907 in Betrieb gegangene Werk am Nordufer der Trave hatte sein Zuhause gebildet: Hier arbeitete und wohnte er, hier kaufte er ein, hier fühlte er sich geborgen. Zum Hochofenwerk gehörte: die eigentliche Industrieanlage, die umliegende Werkssiedlung, Kasino und Kantine, Kaufhaus, Schlachterei und Bäckerei. Eine kleine Welt für sich. Eine geordnete Welt, in der, bezogen auf Lebensentwürfe, für einen erheblichen Zeitraum auch Planungssicherheit gegeben schien.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte das Werk noch eine Expansionsphase: Schon 1948 wurde der zweite Hochofen wieder angeblasen. Auch die Zementfabrik erweiterte man und modernisierte die Kupferhütte. 1955 produzierte das Hochofenwerk 250 000 Tonnen Roheisen. Der Name wurde in „Metallhütten Lübeck AG“ geändert und die Firmenstruktur innerhalb des Flickkonzerns 1959 gewandelt. Anfang der 60er Jahre betrug die Roheisenproduktion jährlich 300 000 Tonnen, und die Kokerei versorgte die Stadt Lübeck mit Gas. Arbeitskräfte waren während der Vollbeschäftigung knapp, wie anderswo auch. Die Firma warb „Gastarbeiter“ an; der Anteil ausländischer Arbeitnehmer erreichte schließlich fast ein Viertel.

Aber schon mitten in der Blüte, in den 1960er Jahren, trat, noch kaum spürbar, die Wende ein: Vier Transaktionen, die die finanzielle Trägerschaft der Metallhütte veränderten, sorgten dafür, dass Eigenmittel für Modernisierungsinvestitionen fehlten. Dann folgten die konkreten Krisenerscheinungen: 1969 kündigt Lübeck den Gaseinkauf, die Stadt stellt auf das sicherere Erdgas um. Anfang der 1970er Jahre fällt der Kupferpreis auf dem Weltmarkt, auch um die sozialistische Regierung Allende in Chile unter Druck zu setzen, und schließlich setzt Mitte der 1970er Jahre die Krise auf dem europäischen Eisen- und Stahlmarkt ein:[119] Überproduktionen und Billigangebote aus Schwellenländern machen es nötig, die Kapazitäten der Stahl- und Eisenproduktion drastisch herunterzufahren. Noch 1975 kauft der amerikanische Konzern US-Steel das Metallhüttenwerk, im selben Jahr bereits fällt die Produktion von 470 000 Tonnen auf nurmehr 280 000 Tonnen Eisen. Öffentliche Träger kaufen Stützungsbeteiligungen für 10 Millionen DM, das Landesarbeitsamt gewährt 12 Millionen DM an Beihilfen, aber schon im Jahr darauf sucht US-Steel nach einem Weg, ohne große Kosten – und ohne Beteiligung an der Sanierung des verseuchten Hüttengeländes – auszusteigen. 75 Prozent des Grundkapitals im Nennwert von 73 Millionen DM stößt US-Steel für symbolische zwei DM an den unseriösen Rechtsanwalt Ditzen aus Wuppertal ab, worauf die Banken aktiv werden. Eine Unternehmensberatung analysiert 1972 den Betrieb, der innerhalb von zehn Jahren seine Belegschaft halbiert hat, von 1969 2266 Arbeitnehmern auf 1979 1107. Überrascht notieren die Wirtschaftsprüfer, das trotz der vielen Kündigungen weiterhin „eine

118 Zitiert nach Leben und Arbeit in Herrenwyk, S. 349.

119 Vgl. Eckart, Karl; Kortus, Bronislaw: Die Eisen- und Stahlindustrie in Europa im strukturellen und regionalen Wandel, Wiesbaden 1995, S. 1.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 198

Innovationsträger aus Büdelsdorf: Werbeaufnahme des „Schwenkbaggers" als Vorzeigeprodukt der Ahlmann-Carlshütte. (Quelle: Maja Hanow [Hrsg.]: Schleswig-Holstein und seine Industrie. Köln 1957, S. 114)

sehr hohe Identifikation der Mitarbeiter aller Stufen" mit dem Unternehmen erkennbar sei. Noch einmal scheint es bergauf zu gehen, 1980 gibt es sogar einen kleinen Gewinn, aber am 18. 8. 1981 beantragt die Geschäftsleitung den Konkurs.

Das ist das Aus für die noch 1000 Arbeitnehmer. Es tritt Stille ein in Herrenwyk. Die drei Hochöfen verrotten; auf dem restlichen Werksgelände finden noch einmal industrielle Aktivitäten statt: Die Kokerei arbeitet 1984 mit 170 Mitarbeitern, auch im Bereich des Zementwerkes wird wieder – etwas – gearbeitet. Aber: Es handelt sich um eine kleine Scheinblüte. 1990 wird die Kokerei auf staatliche Anordnung stillgelegt, aus Sicherheits- und Umweltgründen. Ein letztes Mal findet ein Konkursverfahren statt.

„Ihr könnt doch unseren Betrieb nicht kaputtgehen lassen, das geht doch nicht!"[120] – So hatten ehemalige Hüttenarbeiter auf die Schließung des Werkes 1981 reagiert. Sie irrten. Was ihnen so unvorstellbar erschien, war nichts anderes als der ganz unmittelbare und konkrete Ausdruck jenes Strukturwandels in der Schwerindustrie, der in den 1970er und 1980er Jahren – für die betroffenen Arbeitnehmer schmerzhaft spürbar – stattfand. Stahlindustrie, Kohle und Schiffsbau, mithin sehr gewichtige Symbole des Industriezeitalters, machten in ganz Europa Krisen durch, die zu erheblichen Schrumpfungen führten und die wirtschaftliche Landschaft erheblich wandelten. In Schleswig-Holstein glüht seither kein Hochofen mehr.

Der Niedergang des Hochofenwerkes geschah einbeschrieben in eine EG-weite Entwicklung auf dem Sektor der Eisen und Stahl produzierenden Industrie, die seit Mitte der 1970er Jahre allerorten auch von Arbeitsplatzabbau gekennzeichnet war. Hatte 1963 der Anteil der Eisen- und Stahlindustrie an der industriellen Bruttoproduktion der Bundesrepublik noch 9,16 Prozent betragen, sank er bis 1973 allmählich auf 8,12 Prozent, dann stark beschleunigt bis 1978 auf nurmehr 5,94 Prozent, um schließlich 1983 bei 3,67 Prozent zunächst auf mittlere Sicht stabilisiert zu werden.[121] Der Wandel hält

120 Zit. in Leben und Arbeit in Herrenwyk 1985, Zum Geleit.
121 Vgl. Eckart 1995, S. 368.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 199

weiter an, dabei galt bis in die 1970er Jahre der Umfang der Stahlproduktion noch als Indikator des Industriepotentials eines Landes.[122]

3.2. Fallbeispiel Ahlmann-Carlshütte[123]**.** Auch die Ahlmann-Carlshütte in Büdelsdorf/Rendsburg kam ins Strudeln, dabei schien gerade dieses Unternehmen fit für Anpassungsprozesse geworden zu sein: 1827 als Eisenwerk gegründet, hatte der Traditionsbetrieb zunächst Öfen, Kessel und Töpfe produziert. 1835 war die „Hütte", eine Gießerei und ein Hochofen, dazu gebaut worden; 1877 fanden 800 Menschen auf der Carlshütte Arbeit. 1896 produzierte man die erste von schließlich mehr als fünf Millionen Badewannen in Büdelsdorf. Um die Jahrhundertwende arbeiteten 1000 Mann auf der Hütte. Auch hier schuf der Familienbetrieb das klassische industrielle Umfeld: Mehrere Werkssiedlungen, übrigens in Deutschland die ersten überhaupt, mit Infrastruktur entstanden. Die Produktpalette wurde auf Herde und Waschkessel erweitert. In beiden Kriegen produzierte Ahlmann Rüstungsgüter, während des Zweiten Weltkriegs unter massivem Einsatz von überwiegend osteuropäischen Zwangsarbeitern. Die Ahlmann-Carlshütte überstand Nationalsozialismus und Krieg besser als erwartet: Durch die periphere Lage von Luftangriffen verschont, blieb der Betrieb intakt. Zwar beabsichtigten die britischen Besatzer 1946 zunächst die Demontage des Betriebes, aber 1947 wurde der Befehl aufgehoben. 1948, im Jahr der Währungsreform, arbeiteten schon wieder 1800 Menschen auf der Hütte. Die Abteilung für die Produktion von Zementdachsteinen wurde zum selbständigen Unternehmen „Severin Ahlmann", auch ein Transportunternehmen spaltete sich ab.

Die eigentliche Carlshütte profilierte sich im Maschinenbau, machte sich international einen Namen mit dem „Schwenklader", einem Bagger, dessen Schaufelarm um 180 Grad gedreht werden kann. Im „Wirtschaftswunder" florierte vor allem der Bau von Herden – und immer noch als Hauptumsatzträger die Badewanne. Schließlich wurde der Arbeitstakt in der Badewannenproduktion auf 82 Sekunden gebracht. Rationalisierungsmaßnahmen und Investitionen in technischen Fortschritt auf der Produktionsseite sicherten die Wettbewerbsfähigkeit: Eine Zäsur bildete die automatische Badewannenputzerei, die viele Hand-Arbeitsgänge überflüssig machte, ab 1968 wurden Badewannen vollautomatisch emailliert. Zu diesem Zeitpunkt gab es mehr als genug industrielle Arbeitsplätze in der Bundesrepublik: Seit 1963 arbeiteten die ersten „Gastarbeiter" aus der Türkei auf der Ahlmann-Carlshütte. Noch 1970, vor Beginn der Eisen- und Stahlkrise in Europa, investierte die Firma acht Millionen Mark in einen neuen Schmelzbetrieb: 50 000 Tonnen „guter Guss" waren fortan pro Jahr möglich. 1973 stellte die Firma das erste Ahlmann-Komplettbad, das „Badinett" vor: ein kompakter Kasten mit fertig montiertem Badezimmer. Im diesem Jahr wurden täglich mehr als 1000 Badewannen produziert.

122 Vgl. Ebd., S. 366f.

123 Vgl. einschlägig Glade, Felicitas: Käte Ahlmann (1890 – 1963). Biographie einer Unternehmerin. Neumünster 2006 sowie Freiwald, Karl-Heinz: Ahlmann. Kurzgeschichte eines vielseitigen Unternehmens, Rendsburg 1977. 125 Jahre Carlshütte, hrsg. von der Geschäftsleitung der Ahlmann-Carlshütte K.G., unter Mitwirkung von Harry Schmidt und Wolfgang Kellner, Rendsburg 1952. Kurzgeschichte der Carlshütte mit Betonung der neueren Zeit 1827-1945, Rendsburg 1945. Rückblick auf das 125jährige Jubiläum der Ahlmann-Carlshütte K.G., Rendsburg. 19.April 1952, Rendsburg 1952. Wulf, Peter: Marcus Hartwig Holler und die Anfänge der Carlshütte. In: Brockstedt, Jürgen (Hrsg.): Frühindustrialisierung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark, Neumünster 1983.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 200

124 Landeszeitung, 11.9.1974
125 Freiwald 1977.
126 Zum schleswig-holsteinischen Schiffbau vgl. Heseler, Heiner; Kröger, Hans Jürgen (Hrsg.): „Stell Dir vor, die Werften gehörn uns ...“ Krise des Schiffbaus oder Krise der Politik?, Hamburg 1983. Jacobsen 1986, S. 123-160. Kloberg, Erik: Werftensterben in Hamburg, Hamburg 1990. Ostersehlte, Christian: Von Howaldt zu HDW. 165 Jahre Entwicklung von einer Kieler Eisengießerei zum weltweit operierenden Schiffbau- und Technologiekonzern. Hamburg 2004. Wolf, Winfried: An der Küste Land unter? Die Werftenkrise, Frankfurt a.M. 1983. Quellen: Arbeitskreis Wirtschaft der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag (Hrsg.): Zum Thema: Werften. Dokumentation, Kiel 1986. Belegschaften der HDW Kiel und Hamburg: Betriebszeitungen und Flugblätter, Kiel, Hamburg 1973-1983. DAG-Landsverband (Hrsg.): Ergebnisse einer DAG-Umfrage zur Situation der schleswig-holsteinischen Werften, Kiel 1986. IG-Metall (Hrsg.): Arbeitsplätze auf den Werften sichern - Zukunft für die Küste!, Frankfurt a.M. 1987. IG-Metall (Hrsg.): Es geht nicht allein um Schiffe - es geht um die Menschen. Stellungnahme der IG-Metall Bezirksleitung Hamburg zur Situation auf den Werften, Hamburg 1986. IGM-Verwaltungsstelle Hamburg (Hrsg.): HDW-Gegenkonzept, Hamburg 1983. Landesregierung Schleswig-Holstein (Hrsg.): Berichte zur Lage der Schleswig-Holsteinischen Werften: 19.10.1981 (DS9/1222); 16.9.1983 (DS 10/120), Kiel 1981/83. Lausen, Gerd: Konzeption für eine Neuordnung der schleswig-holsteinischen Werftindustrie, (Publikation der Landesregierung Schleswig-Holstein), Kiel 1986. Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.): Schiffahrt und Schiffbau in Schleswig-Holstein, Kiel 1994. Schleswig-Holsteinischer Landtag (Hrsg.): Plenarprotokolle: 30.5.1979; 24.2.1981; 26.10.1982; 11.5.1983; 15.6.1983; 21.9.1983; 11.12.1990, Kiel 1979-1990. Drsb.: Stenogr. Bericht über die 20. Tagung der 3. Wahlperiode (14.11.1956), Kiel 1956. Tageszeitungen (diverse, teilweise aus Pressedokumentationen) Kieler Nachrichten, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, Lübecker Nachrichten, Hamburger Morgenpost, FAZ, Bild, Kiel, Lübeck, Rendsburg, Hamburg 1971-1998. Vorstand der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (Hrsg.): Bilanzpressekonferenz 7.2.1974, Kiel 1974. Drsb.: Neues Großdock in Kiel. Ausbauprogramm der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Kiel ca. 1973. Drsb.: Unternehmenskonzept 1983, Kiel, Hamburg 1983.

Dann, 1974, kam der Einbruch: Konjunkturflaute auf dem Bausektor, Ölkrise als Verschärfung und die europäische Überproduktion an Eisen und Stahl bildeten die Faktoren. Im Sommer 1974 beantragte die Firma Ahlmann den Vergleich; unter der Bedingung der Insolvenz, also der Bereinigung von allen finanziellen Altlasten, übernahm der Hamburger Reeder Harms den Betrieb: 300 Mitarbeiter wurden entlassen, 1000 Arbeitsplätze aber zunächst gesichert. 1971 noch hatten 1900 Menschen hier gearbeitet, die Verbliebenen stimmten zu, für ein Jahr auf 7,5 Prozent der Gehälter und Löhne zu verzichten: ein sehr frühes Beispiel für Lohnverzicht zur Rettung des Arbeitsplatzes. Und dann die Frage, wem gekündigt würde: deutschen oder ausländischen Arbeitnehmern? Die in Rendsburg erscheinende „Landeszeitung“ notierte am 11. September 1974: „In der Zahl der 250 Gekündigten sind auch vierzig Türken enthalten.“[124] Das sollte offenkundig beruhigen. Menschen sind sensibel, ihr eigenes Hemd ist ihnen näher, konkreter Anlass für Ausländerfeindlichkeit sollte nicht entstehen.

Noch einmal erholte sich die geschrumpfte Ahlmann-Carlshütte: 1977 arbeiteten wieder 1 200 Menschen, angestrebt wurde jetzt, im 150. Jahr des Bestehens, ein Umsatzziel von 110 Millionen DM. In der Jubiläumsschrift heißt es traditionsbewusst: „‘Auf der Hütte arbeiten’, das ist nicht nur in Büdelsdorf, wo fast die Hälfte der Beschäftigten zu Hause ist, ein Begriff. Die Betriebstreue vererbt sich sehr oft vom Vater auf Sohn und Enkelkinder.“[125] – Noch traf dieser Hinweis auf Kontinuität, Bindung und Planbarkeit die Selbst-Wahrnehmungen der Menschen. Aber tatsächlich war es mit Tradition und Geborgenheit bereits vorbei. Wirtschaftlicher Strukturwandel in den Industrienationen ließ das komplette Berufsleben in einem einzigen Industriebetrieb sehr schnell zur seltenen Ausnahme werden. Nach langen Jahren des Auf und Ab, des Schrumpfens und Umorientierens trat das endgültige Ende für die Ahlmann-Carlshütte Ende 1997 ein. Es verblieben der zu einem französischen Konzern gehörige Ahlmann-Maschinenbau und der Hersteller von Entwässerungssystemen ACO mit jeweils mehr als 200 Mitarbeitern. Die Eisen- und Stahlproduktion war beendet.

3.3. Fallbeispiel Howaldtswerke Deutsche Werft-AG[126]**.** Dramatisch äußerte sich der Wandel auch in der Schiffbauindustrie: Das Küstenland Schleswig-Holstein war stark von jenen etwa zwölf Seeschiffswerften geprägt, die seit der Nachkriegszeit für den Weltmarkt Schiffe bauten. Auch hier die Entwicklungslinie: starker Aufschwung im Wirtschaftswunder, dann Einbrüche, schließlich Strukturkrise. 1956 wurde auf bundesdeutschen Werften, bezogen auf die

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 201

Wahrzeichen der Werft und der Stadt: Die Portalkräne der HDW in Kiel Mitte der 1970er Jahre von der Seegartenbrücke aus gesehen.
(Quelle: Ostersehlte 2004, S. 536)

Tonnage, jedes sechste Schiff der Welt gebaut; 1965 war es nur noch jedes elfte, 1982 nur noch eines von 27 ![127] Zur Jahrhundertwende betrug der (gesamtdeutsche) Marktanteil an der Welttonnageproduktion im Schiffbau noch genau 4,4 Prozent. Anders, die globale Entwicklung zeichnend beschrieben: 1955 fanden 50 Prozent des Weltschiffbaus in zwei Ländern, Großbritannien und der Bundesrepublik statt; 1982 bauten allein Japan und Südkorea fast 60 Prozent aller Schiffe der Welt. – Diese weltwirtschaftlichen Daten haben einen starken regionalen Bezug: Denn bundesdeutscher Schiffbau heißt norddeutscher Schiffbau in Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und – seit der deutschen Vereinigung 1990 – auch Mecklenburg-Vorpommern. 1975/76 gab es insgesamt 70 000 Arbeitnehmer auf bundesdeutschen Werften; mehr als 20 000 von ihnen arbeiteten in Schleswig-Holstein. In 20 Jahren verringerte sich diese Zahl, realisiert in förmlichen Schüben von Massenentlassungen und Werftenpleiten, auf weniger als ein Drittel. (Diagramm 13)

1958 arbeiteten auf Schleswig-Holsteins Werften 31 000 Beschäftigte; der Nachkriegshöhepunkt war erreicht. Bis 1975 ging diese Zahl auf 21 500 zurück, während im gleichen Zeitraum die Produktivität verdoppelt wurde. 1975 setzte eine zweite und massivere Welle des Arbeitsplatzabbaus ein: 1985 arbeiteten nur noch 14 000 Arbeitnehmer im Schiffbau des Landes, 1987 9300 und im Jahr 2000 schließlich noch 7200 Beschäftigte. Damit war die Zahl der Arbeitsplätze auf schleswig-holsteinischen Seeschiffswerften im Vergleich zum Jahr 1958 auf ein Fünftel gesunken. Die meisten der Verbliebenen arbeiteten bei den Howaldtswerken Deutsche Werft-AG auf jener Kieler Großwerft, die sich nach ihrem Schrumpfungsprozess und gewaltigen öffentlichen Kapitalspritzen relativ stabil am Markt behaupten konnte und weiterhin der zweitgrößte gewerblicher Arbeitgeber im Lande war. (Diagramm 14)

127 Vgl. Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.): Schiffahrt und Schiffbau in Schleswig-Holstein, Kiel 1994, S. 6-18.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 202

Diagramm 13: Entwicklung des Schiffbaus (Beschäftigte) in Schleswig-Holstein 1950-2000[129]

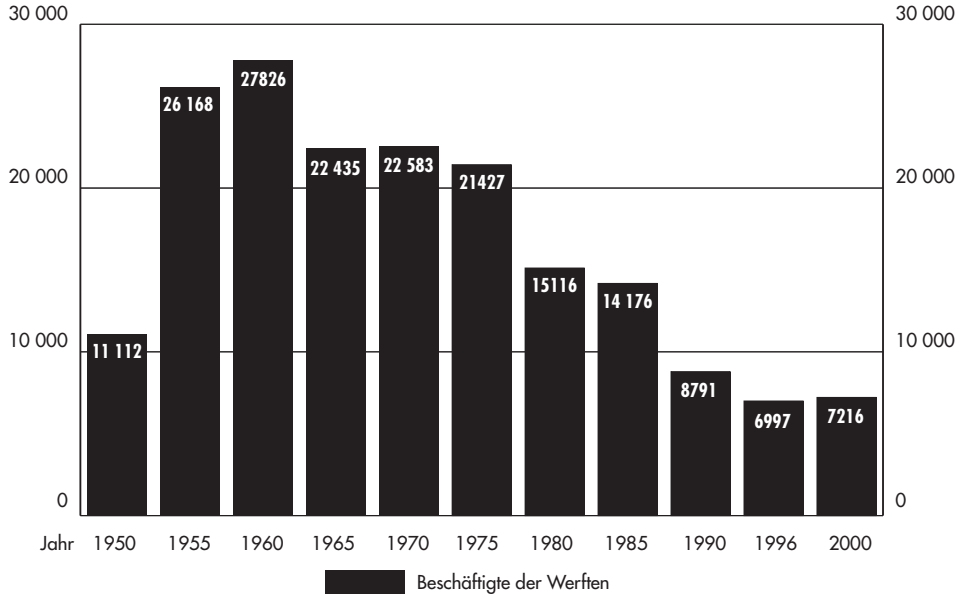
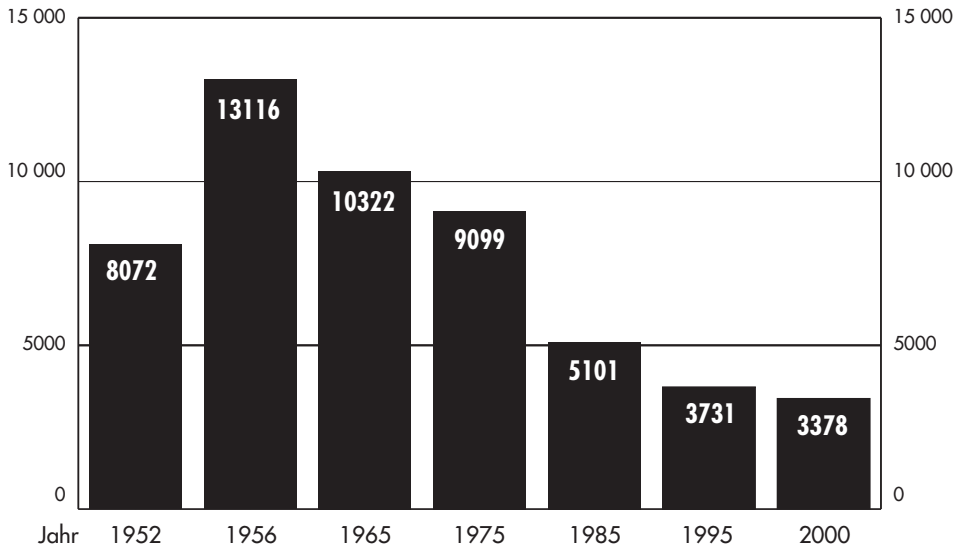


Diagramm 14:
Beschäftigtenzahl der Kieler Howaldtswerke A.G. bzw. Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Kiel 1952-2000[130]



06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 203

Die Beschäftigtenzahlen bei HDW in Kiel machten eine parallele Entwicklung durch: Ab Mitte der 1970er Jahre sanken die Zahlen dramatisch, von 9 100 im Jahr 1975 auf 5100 zehn Jahre später, um sich Mitte der 1990er Jahre bei unter 4 000 zu stabilisieren. Interessant und einen gewichtigen Teilaspekt des Strukturwandels repräsentierend ist in diesem Zusammenhang, dass sich der Anteil der Lohnempfänger beziehungsweise Arbeiter im Verhältnis zu den Angestellten radikal verringerte: 1952 standen 7156 „blue collar"-Mitarbeitern lediglich 576 Angestellte gegenüber. 1960 lag das Verhältnis immer noch bei nahezu eins zu zehn (1296 zu 10 794). Bereits 1975 hatte sich das Verhältnis auf eins zu drei (3852 zu 11 431) reduziert. Sukzessive näherten sich die Zahlen an, bis 2003 zum ersten Male mehr „white collar"-Mitarbeiter als gewerbliche Mitarbeiter auf der Werft arbeiteten.[131]

Zunächst war der Weltschiffbau auf der Produktionsseite nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis Ende der 1950er Jahre stetig angestiegen, hatte ein paar Jahre stagniert, anschließend bis circa 1975 noch einmal Wachstumsraten verzeichnet, um dann den massiven Einbruch zu erleben. In den letzten Jahren des Booms hatten vor allem Großtanker den Markt angeheizt; im Gefolge der Ölkrise der 70er Jahre und der Verteuerung der Energie aber sanken die Transportmengen auf Dauer. Für die einzige verbliebene Großwerft in Schleswig-Holstein, die „Howaldtswerke Deutsche Werft-AG", hatte diese nicht erwartete Entwicklung verheerende und auf Dauer sichtbare Folgen: Das neue Großdock in Kiel, mit seinem verbliebenen großen blau-orangenen Kran auch heute ein Wahrzeichen der Landeshauptstadt, baute die Werft zur Unzeit. Mit einer Investitionssumme von 200 Millionen DM war es ausgelegt auf Schiffsgrößen von bis zu 700 000 Tonnen. Eine gigantische Fehlplanung, die kaum genutzt werden kann.

1968 erst war aus den Howaldtswerken Kiel und Hamburg sowie aus der Deutschen Werft AG die Werft mit Standorten in Hamburg und Kiel entstanden. Besitzer: die Salzgitter AG. Um notwendige Modernisierungsinvestitionen – und die Arbeitsplätze im Land – zu sichern, stieg das Land Schleswig-Holstein 1972 für 100 Millionen DM mit einem Minderheitenanteil von 25,1 Prozent ein. Eine Kapitalerhöhung um weitere 40 Millionen Landesmittel folgte 1975. Darüber musste das Land anteilsgemäß bis Ende der 1980er Jahre weitere circa 130 Millionen DM an Kapitalerhöhungen einbringen.[132] Dieses teure Engagement des Landes sicherte Kiel im Gegensatz zum zweiten Standort Hamburg gewisse Vorteile: Reduzierungen und auch Schließungskonzepte des Konzerns betrafen in der Folgezeit stets eher Hamburg als Schleswig-Holstein. Der damalige Ministerpräsident Stoltenberg (CDU) erklärte 1979 apodiktisch, „daß wir an der Küste auf Schiffbau und Schiffahrt ebenso wenig verzichten können wie das Ruhrgebiet auf Kohle und Stahl."[133] „Werftenkonferenzen", Förderprogramme und „Werfthilfen" bestimmten in diesen Jahren die wirtschaftspolitischen Debatten im Norden. Diese politischen Maßnahmen und insbesondere die erheb-

129 Basis: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein, Kiel 1949 - 2002.

130 Basis: Ostersehlte 2004, S. 418, 533.

131 Vgl. Ebd., S. 530ff. sowie die Übersichten, ebd., S. 418, 533.

132 Vgl. Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein 1994, S. 53.

133 Zit. in Arbeitskreis Wirtschaft der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag (Hrsg.): Zum Thema: Werften. Dokumentation, Kiel 1986, S. 95.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 204

lichen Landesmittel trugen wesentlich zum Überleben der Großwerft bei. Und die IG-Metall führte mit zahlreichen Aktivitäten, Konferenzen, Publikationen etc. einen retrospektiv fast verzweifelt anmutenden Kampf um die Werften und deren Arbeitsplätze.

Eine Gegenposition zu dieser Politik formulierte Joachim Steffen (SPD), zu diesem Zeitpunkt Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 1972 auf einem Landesparteitag seiner Partei: „Wer hat den Mut gehabt, den Bergleuten rechtzeitig zu sagen, was die Entwicklungstrends ihrer Branche sind? Wer hat den Mut gehabt, den Landwirten zu sagen, welche Konsequenzen die Überproduktion in der EWG hat? Und wer hat heute den Mut, z. B. den Werftarbeitern zu sagen, wozu langfristig Überkapazitäten im Großschiffbau führen müssen? Weil die Verantwortlichen meinten, sie könnten die Veränderungen mit Subventionen bewegen, nicht stattzufinden, haben wir die Betroffenen mit ihren Problemen allein gelassen und das Geld, mit dem wir ihnen eine bessere Existenz hätten schaffen können, für die Sozialisierung der Verluste der Unternehmer ausgegeben."[134] Das stellte eine bewusst polemische Zuspitzung der Analyse dar. Politik in einem demokratischen System begreift es indes immer auch als Aufgabe, Wandel abzufedern, nämlich zu verlangsamen und mit Sozialleistungen zu begleiten. In diesem Fall hieß es: Subventionen für die Werften. Reeder erhielten zum Beispiel 1978 17,5 Prozent der Kaufsumme für ein Schiff vom Staat direkt erstattet, Werften konnten darüber hinaus die langfristige, öffentlich bezahlte Finanzierung der Kaufsumme zu Zinsen von konkurrenzlosen zwei Prozent anbieten, und schließlich gab es direkte Werfthilfeprogramme und milliardenschwere öffentliche Bürgschaften. Von einem freien Markt war da nicht mehr zu reden, wenn private Schiffsneubauten mit bis zu 25 Prozent durch öffentliche Mittel subventioniert wurden. Allenfalls ließ sich ein Subventionswettbewerb konstatieren: Anderen Schiffbaunationen unterstellte man Subventionierungen bis zu 50 Prozent.[135]

Öffentliche Stützungsmaßnahmen und Modernisierungsinvestitionen der Werften konnten Einbrüche bei Arbeitsplätzen sowie Konkurse im Schiffbau Schleswig-Holsteins nicht aufhalten. 1986 formulierte der zum „Werftenkoordinator" ernannte Landesminister a. D. Lausen, die weltweite Schiffbaukrise habe „verheerende Ausmaße" angenommen.[136] Sein Vorschlag für Schleswig-Holsteins Seeschiffbauwerften lautete, fast 40 Prozent der Kapazitäten abzubauen und den Rest mit einigen hundert Millionen Zuschüssen zu retten. Nach der Veröffentlichung ging ein Aufschrei durch das Land, eine der Werften, denen Lausen keine Zukunft mehr gab, drohte mit Schadensersatzansprüchen. Aber sehr falsch lag der Fachmann nicht: 1987 ging die Rendsburger Werft Nobiskrug in den Konkurs; die Wirtschaftsaufbaukasse und HDW, also überwiegend die öffentliche Hand, übernahmen das Unternehmen. Trotz erheblicher öffentlicher Mittel brach ebenfalls 1987 die Harmstorf-Gruppe mit ihren Werften in Büsum, Travemünde und Flensburg zusammen; nur die Flensburger Schiffsbaugesellschaft war zu retten. Und

134 Zit. in ebd. 1986, S. 2.

135 Vgl. Redebeitrag des CDU-Abgeordneten Stich in der Landtagsdebatte zur „Lage der schleswig-holsteinischen Werften" am 15.7.1983, Stenographische Berichte des Schleswig-Holsteinischen Landtages. 10. Wahlperiode, 15.6.1983, S. 215.

136 Lausen, Gerd: Konzeption für eine Neuordnung der schleswig-holsteinischen Werftindustrie, (Publikation der Landesregierung Schleswig-Holstein), Kiel 1986.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 205

schließlich konnte die 1987 in den Konkurs gegangene Kieler Lindenau-Werft nach öffentlichen Zuwendungen den Betrieb wieder aufnehmen.

Für Schleswig-Holsteins mit Abstand größte Werft, die HDW, galten Sonderkonditionen. Das Urteil des Bundesrechnungshofes über das Management der Werft war Anfang der 1980er Jahre vernichtend: „Die Fehleinschätzungen nahmen eine Größenordnung an, die für ein ordnungsgemäß geführtes Großunternehmen unerklärlich, unentschuldbar und untragbar ist.“ Unter dem neuen HDW-Chef Ahlers erarbeitete die Geschäftsleitung 1983 ein Sanierungskonzept. Hauptschritte zur Verringerung der Betriebsverluste von zuletzt über 100 Millionen DM sollten die Entlassung von 3600 Mitarbeitern in Hamburg und Kiel sowie die völlige Einstellung des Schiffneubaus in Hamburg bilden. Dieser Plan wurde unmittelbar nach den Landtags- und vorgezogenen Bundestagswahlen im März 1983 veröffentlicht.[137] Wütende Demonstrationen der Werftarbeiter folgten, in Hamburg hatten schon 1981 so genannte „aktive Metaller“ als gegen die IG-Metall opponierende, radikale Gewerkschafter die Betriebsratswahlen gewonnen und den Vorsitzenden gestellt. In Kiel hingegen setzte der Betriebsrat seine traditionell gemäßigte, konsensorientierte Verhandlungspolitik fort.

Einen Aspekt der Kooperation von Management, Anteilseignern und Arbeitnehmern stellte die in der politischen Öffentlichkeit keineswegs unstrittige Konzentration auf Kriegsschiffsbau dar. 1980 hatte es hier einen Kurzstreik von 1000 Werftarbeitern gegeben, die für den Bau von U-Booten für die Militärdiktatur in Chile demonstrierten, während die sozialliberale Koalition in Bonn den Widerruf der Exportgenehmigung erwog. Schon 1978/79 war an einem zunächst gefeierten Rüstungsexportauftrag der HDW deutlich geworden, wie anfällig exportorientierte Rüstungsaufträge sind, als im Iran der Schah gestürzt wurde, für dessen Armee die Werft U-Boote und Fregatten hätte bauen sollen. Der ehemalige „Reichskriegshafen“ Kiel hatte in besonderer Weise Erfahrungen mit einschlägigen Abhängigkeiten von Rüstungskonjunkturen, die als Prosperitätsperioden begriffen wurden, und von subjektiv eher negativ erfahrenen Konversionen nach zwei Weltkriegen machen können. Der dritte Rüstungsboom in nur einem Jahrhundert wurde durch historische Lehren nicht berührt: Neubau und Reparatur von Militärschiffen für die Bundesmarine wie für den Export, verschleiernd „Sonderschiffsbau“ genannt, machten und machen erhebliche Teile der Werftenproduktion in Schleswig-Holstein aus; in manchen Reparaturwerften bis zu 100 Prozent.

1990/91 zog sich das Land Schleswig-Holstein aus seiner Kapitalbeteiligung bei HDW wieder zurück, so wie es langfristig auch vorgesehen war. Der Erlös des Verkaufs, lediglich noch 60 Millionen DM des summierten 270 Millionen-Engagements, ging nicht in den Landeshaushalt, sondern wurde zweckgebunden investiert: Die mit dem Kapital 1991 gegründete „Technologiestiftung Schleswig-Holstein“ hat zur Aufgabe, im Land „die strategisch-infrastrukturellen

137 Vgl. FAZ vom 16.3.1983.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 206

Rahmenbedingungen für technologische Entwicklungen positiv zu beeinflussen".[138] Verblüffende Fakten konnte 1998 der Wirtschaftsminister auflisten: Aktueller Indikator der schleswig-holsteinischen Standortmodernisierung war die Tatsache, dass im Land jeweils mehr Menschen in Betrieben der Medizintechnik oder in jungen Softwareunternehmen arbeiteten als auf den traditionellen Werften![139]

Forschungsstand und Perspektiven. Die Entwicklung der HDW kann als Musterbeispiel gelten: Das bundesdeutsche Modell industrieller Beziehungen setzt neben dem funktionierenden Sozialstaat auch starke, aktionsfähige Verbände auf beiden Seiten im Tarifkonflikt voraus.[140] Genau das ist als Kontext des industriellen Strukturwandels in den 1960er und 1970er Jahren noch gegeben, seit den 1980er Jahren jedoch einem offenkundigen Erosionsprozess ausgesetzt, indem sich parallel zu den sich umkehrenden Umverteilungsprozessen im Kontext der „geistig-moralischen Wende" seit Beginn der Regierung Kohl auch das Gleichgewicht zu Lasten der Gewerkschaften verschob. Jedenfalls hatte die IG-Metall ab 1956 für zwei Jahrzehnte eine „wachstumsbeschleunigende Tarifpolitik" mit drei Säulen verfolgen können: bei Produktivitätssteigerungen steigende Löhne und sinkende Arbeitszeiten, ein Modell, das der DGB 1963/1965 adaptierte.[141] Auch die Versuche „Konzertierter Aktionen", jener unverbindlich-verbindlichen Konsultationen von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften zwischen 1967 und 1977, basierten auf der Grundvoraussetzung starker, ja gleichberechtigter Gewerkschaften, die neben der Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen auch gesamtgesellschaftlichen Gestaltungswillen ausdrückten. – Erste so genannte „wilde Streiks" in den 1970ern deuteten bereits „die Grenzen einer Strategie des zentral organisierten sozialen Ausgleichs" an.[142] Was in Prosperitätsphasen als Erfolgsmodell galt, gerann danach teilweise zur defensiv angelegten Krisenbewältigung, insbesondere als immer deutlicher wurde, dass – im Zeichen der „Globalisierung" der Märkte – modernisierende Rationalisierungseffekte nicht mehr in dem gewohnten Maße auch in Lohnerhöhungen und sinkende Arbeitszeiten, sondern zunehmend in „Freisetzungen" ohne Alternativen, nämlich ein stetes Ansteigen struktureller Arbeitslosigkeit mündeten.
Für den Bereich der Montanmitbestimmung, wo der Strukturwandel so nebenbei die einzige Insel paritätischer Mitbestimmung zusammen schmelzen ließ, beklagt *Gloria Müller* nach der Beschreibung der gestaltenden Teilnahme der Arbeitnehmervertreter an den Veränderungen eine „fatale Abhängigkeit vom Strukturwandel".[143] Andererseits wird von *Wolfgang Hindrichs et al.* mit Recht betont, dass Gestaltung und Vermittlung der „Veränderungen der industriellen Beziehungen in der Stahlindustrie" auch als „Produkt sozialer Auseinandersetzung" zu deuten sind.[144] Der „lange Abschied vom Malocher" habe aus der Perspektive gewerkschaftlicher Betriebsräte zunächst dem Ziel gedient, die Arbeit zu verändern, folglich zu verbessern, weil alle „die Maloche" hassten. Erst Arbeitskämpfe seit

138 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.): Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Fakten, die für sich sprechen, Kiel 1998, S. 4.
139 Vgl. Ministerium für Wirtschaft 1998, S. 3.
140 Vgl. Schroeder, Wolfgang: Industrielle Beziehungen in den 60er Jahren - unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie, in: Schildt, Axel; Siegfried, Detlef; Lammers, Karl Christian: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, S. 492 - 527, Hamburg 2000, S. 492.
141 Vgl. ebd., S. 501.
142 Vgl. ebd., S. 526.
143 Müller, Gloria: Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte: der Strukturwandel der Eisen- und Stahlindustrie 1945-1975, Essen 1991, S. 432.
144 Hindrichs, Wolfgang; Jürgenhake, Uwe; Kleinschmidt, Christian; Kruse, Wilfried; Lichte, Rainer; Martens, Helmut: Der Lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000, S. 7f.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 207

den 1980er Jahren hätten dem neuen Ziel eines Erhalts von Arbeitsplätzen gedient.[145] – Irgendwann also tritt bei der durch Mitbestimmung getragenen Gestaltung des Wandels der Wendepunkt zur gewerkschaftlichen Defensive ein: Betrachten wir exemplarisch den gewerkschaftsfreundlichen, von *Ralf Engeln* und *Markus Lupa* verfassten Beitrag über die Metallindustrie am örtlichen Beispiel der Kruppstadt Essen zwischen 1946 und 1996:[146] Gewerkschaftliches Agieren habe immer dem Abfedern des Strukturwandels gedient. Ein Beispiel sei der Automatisierungsbeschluss der IG-Metall aus dem Jahr 1965, der darauf basierte, dass sich der technische Fortschritt noch als Voraussetzung von Vollbeschäftigung und Erhöhung des Lebensstandards akzeptieren, ja feiern ließ, während Ende der 1970er Jahre die erneute Debatte über die „Gestaltbarkeit des technischen Wandels“ unter ganz anderen Vorzeichen einsetzte, in das Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“ mündete sowie in die Arbeitszeitverkürzungsdiskussion um die 35-Stundenwoche, für die erstmals 1978/1979 gestreikt wurde und die schließlich 1995 erreicht war. Seit den 1980ern werden vor dem Krisenhintergrund „Bündnisse für Arbeit“ gefordert, gewerkschaftliche Forschungsprojekte umgesetzt, zudem hilflose, ritualisierte Proteste inszeniert oder auch mal gewerkschaftspolitische Pannen wie der auf dem Gewerkschaftstag der IG-Metall 1983 verabschiedete Vergesellschaftungsbeschluss erlebt.[147] Und wenn 1988 der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler auf einem Gewerkschaftskongress, sozusagen also im Rahmen einer Momentaufnahme, die zu diesem Zeitpunkt gegenwärtigen Stärken und Schwächen der IG-Metall betrachtete und daraus ableitend als neue Leitlinie die Entkoppelung von Kapazitäts- und realem Arbeitsplatzabbau propagierte, also ergänzend zum üblichen Versuch des Erhalts bestehender Arbeitsplätze eine Synchronisation des Arbeitsplatzabbaus und der Schaffung neuer Arbeitsplätze forderte, so klang das nach gewerkschaftlicher Defensive.[148]

Zu den für unsere Fragestellung nach der Verarbeitung des Wandels recht raren, aber methodisch wie inhaltlich Gewinn bringenden Arbeiten zählen Beiträge von *Ulrich Herbert* in den Publikationen des Projektes „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960“.[149] Mit der Zusammenführung erfahrungsgeschichtlicher und klassischer Ergebnisse historischer Forschung belegt *Herbert*, dass Stammbelegschaften traditionsstarker Betriebe im Ruhrgebiet privilegierte eigene Gruppen bildeten, deren Errungenschaften - relativ feste Arbeitsplätze, Werksrenten und preiswerte Wohnungen, breite Milieuangebote und stabile Nachbarschaften - sich „zu einem System privilegierter Sicherheit“ addierten.[150] – Bezogen auf die beiden Prosperitätsjahrzehnte 1950er und 1960er Jahre ist dieser Aspekt übertragbar auch auf schleswig-holsteinische Fallbeispiele. Am konkreten Beispiel des 1967 erfolgten Niedergangs von Krupp in Essen verfolgt *Herbert* den Wandel vom (traditionsgebundenen) Kruppianer zum (freien) Arbeitnehmer:[151] Ein Teil der „freigesetzten“ Belegschaft arbeitete weiter in Montanbetrieben, erlebte

145 Vgl. ebd., S. 177 ff.
146 Engeln, Ralf; Lupa, Markus: Essens Metaller im Strukturwandel 1946-1996, in: IG Metall (Hrsg.), Im Wandel gestalten: zur Geschichte der Essener Metallindustrie 1946-1996, S. 11-50, Essen 1996.
147 Vgl. ebd., S. 43-50.
148 Vgl. Steinkühler, Franz: Arbeitsplätze sichern - Strukturwandel sozial gestalten, in: IG Metall (Hrsg.): Zur Situation bei Eisen und Stahl. Konferenz der IG Metall, 23. November 1988, Mühlheim. Referate, Diskussionsbeiträge, S. 10 - 25, Frankfurt a.M. 1989, S. 12f. Siehe beispielsweise auch die im Jahr nach Schaffung des Gemeinsamen Marktes verfasste, sehr defensiv anmutende Bestandsaufnahme der europäischen Gewerkschaftsbewegung durch Stützel, Wieland: Streik im Strukturwandel - Mobilisierungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in Europa, in: Stützel, Wieland (Hrsg.), Streik im Strukturwandel. Die europäischen Gewerkschaften auf der Suche nach neuen Wegen, Münster 1994.
149 Vgl. Herbert, Ulrich: Vom Kruppperianer zum Arbeitnehmer in: Niethammer, Lutz (Hrsg.): „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“ Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 2, S. 233 - 276, Berlin, Bonn 1983. Herbert 1985.
150 Vgl. Herbert 1985, S. 23.
151 Vgl. Herbert 1983.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 208

dort sukzessive deren Untergang, aber auch den eigenen materiellen Aufstieg, selbst die Abfederung des bitteren Endes durch Renten und Sozialpläne, während der andere Teil in prosperierende Betriebe gewechselt war, aber (bald) nicht mehr die verinnerlichte Verbundenheit mit dem Betrieb kannte.[152] Gespaltene Bewertung damals und später macht sich in der Retrospektive lebensgeschichtlicher Interviews mit ehemaligen Kruppianern fest: „Im nachhinein sei doch alles viel besser geworden als man geglaubt habe. Die rückblickende Einsicht in die wirtschaftliche Logik läßt dann auch diejenigen, die in den niedergehenden schwerindustriellen Betrieben arbeiteten, nicht klagen über die Entwicklung, die zur Krise und Schließung ihrer Fabriken führte.“[153]

Auf der Basis neuer Untersuchungen verweist *Ditmar Brock* darauf, dass Krisenverarbeitung in relevantem Maße vom „biographischen Erfahrungshintergrund“, den individuellen „Lebensperspektiven“ und „Eigenlogiken“ etwa der Lebensführung und der Problemverarbeitung abhänge.[154] Die generelle Individualisierung mündet offenbar in ein „Verblassen kollektiver Deutungsmuster und Erfahrungen“ sowie in ein stärker „individuelles berufliches Handeln“.[155] Vorläufiges Ergebnis dieses Prozesses in der Formulierung von Brock: „In dem Maße wie die Praxis alltäglicher Lebensführung von der individuellen Nutzung gesellschaftlicher Möglichkeiten und der individuellen Bewältigung gesellschaftlicher Risiken bestimmt wurde, wurde die individuelle berufliche Leistung zur Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe.“[156] – Schließt man sich dieser Konkretisierung des Individualisierungsprozesses an, so stellen sich allerdings neue Fragen an die Erfahrung und Verarbeitung etwa von drohender oder realer Arbeitslosigkeit auch in Krisenbranchen: Je weniger kollektive Interpretationen verfügbar sind und je individueller der eigene berufliche Weg wahrgenommen wird, um so bedrohlicher könnte beispielsweise der (drohende) Einbruch wirken, weil unter diesen neuen Umständen Momente des individuellen Versagens die Deutung dominieren.

Krisenerfahrung und Niederlagen sind auch aus der Perspektive der Arbeitnehmer keineswegs die einzigen Deutungsmuster des Strukturwandels. Man dürfe sich „vom bitteren Ende nicht täuschen lassen“, betont *Dietmar Süß* in seiner Studie über „Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976“: Statt einer „Geschichte permanenter Niederlagen“ betont er in seinem Fazit die Ambivalenz der Transformationsprozesse.[157] Süß hat den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft am Beispiel zweier Großbetriebe aus dem Montanbereich, der Bayerischen Braunkohlen-Industrie AG Wackersdorf sowie der Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte, die 1987 Konkurs anmelden musste, untersucht. Minutiös und dicht beschreibt er die Wege beider Unternehmen durch Stahlboom und Stahlkrise, dabei beispielsweise die Interaktionen von Arbeitern, Gewerkschaften und Managern in „Krisenzeiten“ und führt, um nur ein Ergebnis zu erwähnen, vor, wie wenig immun sich das autoritär-bergmännisch

152 Vgl. ebd., S. 268.
153 Ebd., S. 268.
154 Brock 1991, S. 16.
155 Ebd., S. 222, 236.
156 Ebd., S. 265.
157 Süß, Dietmar: Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003, S. 437.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 209

geprägte gewerkschaftliche Milieu gegen wachsende soziale und ökonomische Spannungen zeigte.[158] Das Überzeugende an dem methodischen Ansatz ist die Berücksichtigung und gleichrangige Betrachtung der Rollen, Aktivitäten und Wahrnehmungen aller im Unternehmen relevanten Gruppen sowie die Positionierung der Unternehmen in einem aus drei weiteren Elementen bestehenden Koordinatensystem.[159] Süß macht sich damit das analytische Konzept des Betriebes zu nutze, wie es *Thomas Welskopp* 1996 bereits nachdrücklich und überzeugend vorschlug:[160] die theoretisch reflektiert konstruierte Mesoebene *Betrieb* könne zwischen der Mikroebene der sozialen Interaktionen und der Makroebene der gesellschaftlichen Strukturprinzipien vermitteln.[161] Bei diesem Ansatz gerät der Betrieb „als ein die moderne Gesellschaft typisch prägendes … institutionelles Gravitationszentrum" in den Blick und mit ihm auch „die sozialen Beziehungen innerhalb und zwischen den betrieblichen Sozialgruppen".[162] *Welskopp* betont ausdrücklich, dass sich das eben auch gruppen- und situationsspezifische Handeln in den Chef- und Managementetagen keineswegs durch Homogenität auszeichne.[163] – Ein Hinweis, der insbesondere bezogen auf konkrete Fallbeispiele unter Umständen Gewinn bringende Fragestellungen mit neuen, etwa exemplarische Besonderheiten oder auch branchentypische beziehungsweise regionale Ausprägungen unterstreichende Ergebnissen anregt.

4. Statt eines Ausblicks: Referenzprojekte und schleswig-holsteinische Projektideen. Wer anschlussfähig und auf dem Niveau moderner regionalhistorischer Forschung agieren will, wird seinen Blick auf Referenzprojekte richten. Drei größere Forschungsprojekte besitzen Referenzcharakter und besondere Relevanz: Das von *Lutz Niethammer, Alexander von Plato, Ulrich Herbert* und weiteren in den 1980er Jahren mit drei Sammelbänden[164] abgeschlossene Projekt „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 – 1960", das aufgrund der Konzentration auf Milieus und Transformationsprozesse im Montanbereich inhaltliche Bezüge sowie eine Reihe von Anregungen für Fragestellungen und Methode(n) bietet und insbesondere aufgrund seiner erfahrungsgeschichtlichen Anlage und der im Projekt selbst evaluierten und reflektierten[165] Erfahrungen mit dem Ansatz der „oral history" Gewinn bringend zu berücksichtigen ist. Die von *Ulrich Herbert* als „Sonderfall der zeitgenössischen Sozialgeschichte"[166] charakterisierten Lebensgeschichten aus dem Ruhrgebiet sind von den Autoren laut *Lutz Niethammer* mit einer spezifischen Hermeneutik ausgewertet worden, um schließlich auf der Basis einer Vielzahl ausgewerteter Erinnerungsinterviews zwischen „dem Text des Einzelfalls und dem historischen Kontext" zu vermitteln.[167]

Das den gleichen Betrachtungszeitraum in den Mittelpunkt rückende Forschungsprojekt des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte „Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930-1960"[168] kennzeichnete eine inhaltlich wie methodisch breite

158 Vgl. Ebd.S. 351-383.
159 Vgl. Ebd., S. 13ff.
160 Vgl. Ebd., S. 13f. Welskopp, Thomas: Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996), S. 118-142, Göttingen 1996.
161 Vgl. Welskopp 1996, S. 120ff.
162 Ebd., S. 125.
163 Vgl. Ebd., S. 119, 121ff, 130f.
164 Niethammer, Lutz (Hrsg.): „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll." Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet, Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 1, Berlin, Bonn 1983. Drsb. (Hrsg.): „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist." Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 2, Berlin, Bonn 1983. Niethammer, Lutz; Plato, Alexander von (Hrsg.): „Wie kriegen jetzt andere Zeiten." Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 3, Berlin, Bonn 1985.
165 Vgl. Niethammer, Lutz: Fragen - Antworten - Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Niethammer, Lutz; von Plato, Alexander (Hrsg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten". Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 3, S. 392-445, Bonn 1985.
166 Herbert 1985, S. 19.
167 Niethammer (Fragen) 1985, S. 415.
168 Frese, Matthias; Kersting, Franz-Werner; Prinz, Michael u.a.: Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930-1960. Ein Forschungsprojekt des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte, in: Westfälische Forschungen. Zeitschrift des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte des Landesverbandes Westfalen-Lippe, 41/1991, Sonderdruck, S. 444-467, Münster 1992.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 210

Programmatik, die die Sozialgeschichte einzelner Gruppen, mentalitätshistorische Ansätze, auch Gender und Jugend zu berücksichtigen und bei der Zäsuren übergreifenden Anlage auch die „Kontinuitätsproblematik" erneut aufzunehmen beabsichtigte.[169] Zwei publizierte Produkte, *Peter Exners* Studie über den Wandel des Dorfes in Westfalen[170] sowie *Helene Albers'* Arbeit über Bäuerinnen in Westfalen-Lippe[171], sind als gewichtige Referenzarbeiten beim Untersuchungsbereich des ländlichen Strukturwandels zu berücksichtigen.

Das noch laufende, auf drei Sammelbände[172] und vier Monographien angelegte Projekt des Münchener Instituts für Zeitgeschichte „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 – 1973"[173] konzentriert sich auf die 1950er und 1960er Jahre mit der Schlusszäsur Ölkrise und verfolgt drei übergreifende Fragestellungen: jene nach Steuerung und Steuerbarkeit des Strukturwandels, zum Zweiten nach dessen Wirkungen auf Gesellschaft und Gruppen einschließlich der Kennzeichnung von Verlierern und Gewinnern sowie schließlich nach dem resultierenden Wandel von Mentalitäten und Einstellungen.[174] Methodisches Ziel ist es, auf der überschaubaren Mikro- und Mesoebene „Gesellschaft im Sinne einer politische Sozialgeschichte zu erfassen"[175] wobei die räumliche Konzentration nicht nur aus forschungspraktischen Erwägungen heraus, sondern auch aus inhaltlichen Gründen resultiere und Elemente der Alltags-, Erfahrungs- und Kulturgeschichte Berücksichtigung finden sollten. Insbesondere zwei Untersuchungen sind hervorzuheben: die Studie von *Dietmar Süß* über „Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976"[176] und jene von *Jaromír Balcar*, der unter ausdrücklichem Verzicht auf erfahrungsgeschichtliche Ansätze die ländliche Gesellschaft Bayerns mit der inhaltlichen Konzentration auf Politik, Arbeit und Alltag auf der Ebene ausgesuchter Landkreise untersucht hat.[177]

Die drei Forschungsbeispiele zeigen, wie sehr sich der *regionalhistorische Ansatz* für meine Fragestellungen eignet: Im überschaubaren Raum und am begrenzten Exempel lassen sich komplexe sozialhistorische Fragen mit einem für zeithistorische Vorhaben typischen Aufwand an Quellenarbeit zusammen führen,[178] die konkrete Ausprägung der großen, anonym anmutenden Prozesse studieren, die Verlaufsformen erkennen, beeinflussende Faktoren gewichten und schließlich auch „regionalspezifische Abweichungen innerhalb dominierender Prozesse" aufspüren.[179] Wenn dabei auch landschaftliche Ausprägungen ermittelt werden, so wird die gerade für den Bereich des ländlichen Strukturwandels besondere Bedeutung regionaler Wege[180] berücksichtigt und ist zugleich der notwendigen *Komparatistik* die Tür geöffnet, um schließlich in diesem Fall als *regionale Sozialgeschichte* konkrete Wirklichkeit und inneren Zusammenhang des Wandels zu rekonstruieren.[181]

Für die strukturell-institutionellen Ebenen der zu untersuchenden Sektoren des Strukturwandels wurden bereits mit dem „Dorf" beziehungsweise der kommunalen „Gemeinde" sowie dem „Betrieb' im Sinne von *Welskopp* theoretisch fundierte und erprobte

169 Frese, Kersting, Prinz 1991, S. 453, vgl. insbesondere S. 447-461.
170 Exner 1997.
171 Albers 2001.
172 Vgl. Schlemmer, Thomas; Woller, Hans (Hrsg.): Die Erschließung des Landes 1949-1973. Bayern im Bund Band 1, München 2001; dies. (Hrsg.): Gesellschaft im Wandel 1949-1973. Bayern im Bund Band 2, München 2002; dies. (Hrsg.): Politik und Kultur im föderativen Staat 1949-1973. Bayern im Bund Band 3, München 2004.
173 Schlemmer, Thomas: Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 - 1973. Ein neues Projekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 46 (1998), S. 311-325, München 1998.
174 Vgl. Schlemmer 1998, S. 312.
175 Schlemmer 1998, S. 312.
176 Süß, Dietmar: Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003.
177 Vgl. Balcar, Jaromir: Politik auf dem Land. Studien zur bayrischen Provinz 1945 bis 1972. München 2004.
178 Vgl. Erker 1993, S. 212.
179 Köllmann, Wolfgang: Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktureller und sozialgeschichtlicher Konzeptionen, in: Archiv für Sozialgeschichte XV. Band 1975, S. 43-50, Hannover 1975, S. 46.
180 Vgl. Münkel 2000, S. 15. Schlemmer 1998, 312f.
181 Vgl. Flügel, Axel: Der Ort der Regionalgeschichte in der neuzeitlichen Geschichte, in: Bratensiek, Stefan u.a. (Hrsg.): Kultur und Staat in der Provinz. Perspektiven und Erträge der Regionalgeschichte, S. 1-28, Bielefeld 1992, insbesondere S. 14f.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 211

Konzepte vorgestellt, die ertragreich anwendbar erscheinen. Schließlich bietet sich sowohl für den Untersuchungsbereich Metall- und Werftindustrie als auch Landwirtschaft auf der Erfahrungsebene der betroffenen Gruppen das *Milieu-Konzept* von *M. Rainer Lepsius* an.[182] Es wird in der kaum zu überschauenden klassischen Forschungsliteratur zur Arbeitergeschichte genutzt,[183] und für den Bereich der hier vorgestellten agrarhistorischen Arbeiten wird hin und wieder eine stärkere begriffliche Schärfe des Milieubegriffs angemahnt.[184]

Bei der Frage nach sozialhistorischen Kontinuitäts- und Umbruchszeichen[185] sind vor allem die Veränderungen der 1960er Jahre in den Blick zu nehmen: In diese Phase fallen die soziale Annäherung vieler Arbeiter an Angestellte, ihr statistischer Rückgang um fast ein Drittel und der signifikante Anstieg der Konsummöglichkeiten.[186] Die 1960er Jahre sind von zentraler Bedeutung für beide hier interessierenden Teilprozesse des großen Wandels: Der Strukturwandel der ländlichen Gesellschaft wird einhellig als in den 1950ern ausgelöst oder erste Beschleunigung erfahrend, aber erst und besonders drastisch in beziehungsweise ab den 1960er Jahren nachhaltig spürbar werdend und bis in die Gegenwart anhaltend periodisiert.[187] Der Strukturwandel in der europäischen Eisen und Stahl erzeugenden sowie Schiffbauindustrie hingegen wird mit der Krise in den 1970er Jahren ausgelöst, führt unmittelbar zum Arbeitsplatzabbau und insbesondere in den 1980er Jahren zu massiven Betriebsschließungen und ist ebenfalls bis zur Gegenwart nicht völlig abgeschlossen.[188] Die Strukturanpassungsprozesse verlaufen also in ihren Hauptausschlägen um etwa ein Jahrzehnt *phasenverschoben*. Ausgangspunkt bleiben aber die 1960er Jahre.

An dieser Stelle lediglich angedeutet werden können zwei weitere Prozesse, die eng in Zusammenhang mit dem beschriebenen sektoralen Strukturwandel stehen – auch wenn sie sich ebenfalls auf den ersten Blick wie Äpfel und Birnen zueinander verhalten: der Bereich der Bildung und der Faktor der Bundeswehr in Schleswig-Holstein.[189] Die Phase des beschleunigten strukturellen Wandels in zentralen ökonomischen Bereichen während der 1960er Jahre wurde begleitet durch den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungsprozess der 1960er und 1970er Jahre, der zumeist mit „Bildungsoffensive“ apostrophiert wird. Dabei ist der Zusammenhang zwischen den Prozessen keineswegs akzidentiell: Neben den sozialemanzipatorischen Reformansprüchen, die sich in Forderungen nach Chancengleichheit und Demokratisierung des Bildungswesens („Bildung als Bürgerrecht“) ausdrückte, erhöhte sich auch der Druck durch den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel seit den 1950er Jahren auf die überkommenen Bildungssysteme, die immer weniger in der Lage waren, den steigenden Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs zu decken. Erste Vorüberlegungen zur Ausformung dieses Wandlungsprozesses mit enormer sozialer Reichweite deuten bereits hohe Erkenntnisgewinne an.[190]

182 Vgl. Bauernkämper 2000, S. 148f. Tenfelde, Klaus: Historische Milieus – Erblichkeit und Konkurrenz, in: Hettling, Manfred; Nolte, Paul (Hrsg.): Nation und Gesellschaft, S. 247 - 268, München 1996.

183 Vgl. hier Alheit, Haack, Hotschen, Meyer-Braun 1999, S. 3ff.

184 Vgl die online-Rezension von Dietrich, Tobias zu Münkel, Daniela: Der lange Abschied vom Agrarland, auf: http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=696 . Bauernkämper 2000, S. 148-154.

185 Vgl. Schönhoven, Klaus: Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 123-145, Göttingen 1999.

186 Vgl. Schönhoven 1999, 135ff. Mooser 1984, S. 224-228. Wildt, Michael: Das Ende der Bescheidenheit. Wirtschaftsrechnungen von Arbeitnehmerhaushalten in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1963, in: Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Arbeiter im 20. Jahrhundert, S. 573 - 610, Stuttgart 1991.

187 Vgl. Albers 2000, S. 95. Dietrich 2002, S. 1f. Münkel 2000, S. 14ff. Bauernkämper 2000, S.144.

188 Vgl. Brock 1991, S. 212ff. Eckart 1995, S. 1ff. Petzina 1990, S. 507ff., Steinisch, Tenfelde 1988, S. 68.

189 Vgl. zu diesen Themenfeldern Fußnoten 9 und 10.

190 Vgl. Kuhlemann/ Pohl 2004.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 212

Weniger als eigenständiger sozioökonomischer Strukturwandel, sondern vielmehr als beschleunigendes und zugleich retardierendes Element ist der Faktor Bundeswehr im Kontext unserer Fragestellung zu begreifen. Angesichts der Tatsache, dass die Streitkräfte zeitweise der größte Arbeitgeber im Land waren und (immer noch) gemessen an der Einwohnerzahl nirgendwo in Deutschland mehr Bundeswehrsoldaten Dienst tun, wohnen und konsumieren, ist dieser Faktor von zentraler Bedeutung. Deutlich vor Augen stehen die Bemühungen kommunaler und Landesinstitutionen seit dem ab den späten 1980er Jahren einsetzenden massiven Truppenabbau im Land.[191] Was hier nur angedeutet werden kann: auch wenn im Zuge der Aufstellung der Bundeswehr ab 1955 viele Kommunen regelrechte Bewerbungsmappen einreichten, um Standorte zu werden, zeigt sich ein durchaus differenzierteres Bild. „Es ist keine Freude, Garnison zu sein!“ klagte bereits 1958 die Gemeinde Boostedt unweit Neumünsters angesichts von 1800 Soldaten bei einer Einwohnerzahl von ebenfalls 1800 Menschen.[192] In der Tat scheint es, als sei die Einrichtung der Bundeswehrstandorte insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen weniger als wirtschaftlich interessante „Sicherheitsinvestitionen“ begriffen worden, sondern vielmehr als „weitere Katalysatoren eines Wandlungsprozesses […], der die schon als gefährdet betrachteten ökonomischen und sozialen Strukturen weiter erodieren lassen würde:“[193]

Für alle benannten Forschungsgegenstände stellt sich in unmittelbarer Weise dann auch die Frage nach der Wahrnehmung der förmlich von außen einbrechenden tiefgreifenden Veränderungen, nach den subjektiven Milieuerfahrungen des Strukturwandels: Es geht um eine theoretisch abgesicherte *Integration von Subjektivität und Struktur*, beziehungsweise von erfahrungs- und gesellschaftsgeschichtlichen Ansätzen – und damit um einen alten geschichtswissenschaftlichen Streit.[194] *Thomas Welskopp* hat in einem programmatischen Beitrag zum Thema „Arbeitergeschichte im Jahr 2000“ an die klassische, vor genau vier Jahrzehnten publizierte Arbeit von *E. P. Thompson* über die britischen Arbeiterklasse erinnert, mit der die Debatte um structure and agency angestoßen wurde.[195] Die Diskussion sei weiter aktuell, mit den Modellen von *Weber, Giddens* und *Bourdieu* existierten einige theoretische Vermittlungsangebote, er plädiere für „Netzwerkbiographien“, um die Menschen in die Sozialgeschichte zurück zu holen und kollektive Erfahrungen zu rekonstruieren.[196] Der inzwischen breit ausgewiesene Weg zur Erhebung der einschlägigen Quellen ist die „oral history“, ob nun, wie von *Lothar Steinbach* begriffen als Weg „der Erforschung des Menschen in der Geschichte und seinem Umgang mit der Geschichte“ oder, sehr zurückhaltend, von *Lutz Niethammer* charakterisiert als „spezifische zeithistorische Technik“: es wird die Erfahrung „der Masse der Subjekte“ (des Volkes) als Gegenstand historischer Forschung und Darstellung zur Geltung gebracht.[197] Laut *Niethammer* sei dabei insbesondere das Modell von *Bourdieu* anwendbar, indem „Habitus“ und „Praxis“ durch die konkrete Lebensgeschichte ver-

191 Zwischen 1988 und 1997 sank die Zahl der in Schleswig-Holstein stationierten Soldaten um 45%, die der Zivilangestellten um etwa 30%. Vgl. Historischer Atlas ab 1945, S. 174.

192 Vgl. Schleswig-holsteinische Volkszeitung vom 13.6.1958.

193 Schmidt 2006, S. 468.

194 Verweis auf Kocka-Debatte: Lüdtke, Alf: Einleitung: Was ist und wer treibt Sozialgeschichte?, in: Lüdtke, Alf (Hrsg.): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebenswelten, S. 9-47, Frankfurt a.M., New York 1989, S. 15ff.

195 Vgl. Welskopp, Thomas: Arbeitergeschichte im Jahr 2000, Bilanz und Perspektiven, in: Traverse 7, 2000/2, S. 15-31, Zürich 2000, S. 15ff.

196 Welskopp 2000, S. 22f.

197 Steinbach, Lothar: Bewußtseinsgeschichte und Geschichtsbewußtsein. Reflexionen über das Verhältnis von autobiographischer Geschichtserfahrung und Oral History, in: BIOS 8, Heft 1(1995), S. 89-106, Leverkusen 1995, S. 89. Niethammer (Fragen) 1985, S. 420, 427.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 213

bunden würden. „Mündliche Geschichte“ erweitert den zeithistorischen Blick, ermöglicht zusätzliche Perspektiven und vor allem erhebt sie Quellen für Bereiche, in den Quellen rar sind, etwa für gesellschaftliche Gruppen, die nicht zum Verfassen von Autobiographien neigen.[198] *Niethammer* hat vorgeführt, wie Gewinn bringend mit ihrer Methodik beispielsweise der systembedingt unterbelichtete „Bereich gesellschaftlicher Vermittlung und Erfahrung“ der DDR noch zu Zeiten ihrer staatlichen Existenz jedenfalls in Teilen erschlossen werden konnte.[199] Andererseits liefert „mündliche Geschicht“’ niemals harte Daten oder statistisch verifizierbare Erkenntnisse,[200] oder, was man so sehr wünschte, unmittelbaren Zugang zu (vergangener) sozialer Wirklichkeit.[201] Dazu taugt die *Retrospektive*, und um die handelt es sich bei „oral history“ ausnahmslos, nämlich nicht: vielfältige Überformungen und Veränderungen der menschlichen Erinnerung „verfälschen“ den Gegenstand der Erinnerung, sind jedoch selbst als Objekt der quellenkritischen Bearbeitung von Interesse, indem sie zum Teil modulierte Erfahrung, also Verarbeitung spiegeln. Deutlich machen das Beispiele von *Jureit* und *Herbert*.[202] – Theoretisch abgesicherte *Erinnerte Geschichte* wollen wir aus methodischer Perspektive als Technik, den erfahrungsgeschichtlichen Ansatz als *Teil der historischen Forschungsarbeit* begreifen,[203] der mit anderen empirischen Ansätzen zu kombinieren ist, wenn die Integration von Struktur und Subjekt angezielt wird.[204]

Der regionale Forschungsstand im engeren Sinne ist, wie in diesem Beitrag ausgeführt, sehr dünn, auch wenn vorliegende Arbeiten der Nachbarwissenschaften berücksichtigt werden. Insbesondere gilt, dass erfahrungsgeschichtliche Ansätze und Quellensicherungen in vereinzelten Ansätzen für weiter zurück liegende Zeitabschnitte zwar vorliegen, nicht jedoch für die jüngste regionale Zeitgeschichte Schleswig-Holsteins seit Beginn der 1960er Jahre. Die skizzierte Anknüpfung an aktuelle Forschungsstrategien, Konzepte und Fragestellungen und der komparatistische Ansatz versprechen indes wesentliche Erkenntnisse und Beiträge auf dem Niveau des gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskurses. Fundierte neue wissenschaftliche Forschungen setzen das Bemühen um präzise definierte und angewendete Begrifflichkeiten, in diesem Kontext wurden oben insbesondere die Begriffe Strukturwandel, Modernisierung, Milieu, Gemeinde und Betrieb aufgelistet, voraus. Weiterhin sind Entlehnungen erprobter und ausdifferenzierter methodischer Ansätze aus Referenzstudien, vor allem historisch angelegter, jedoch auch jener der Nachbarwissenschaften, vorzusehen. – In diesem Sinne sind die oben vorgenommenen, hier nicht zu wiederholenden knappen Vorstellungen inhaltlicher und methodischer Referenzarbeiten zu verstehen.

Einzelvorhaben könnten sich auf die Untersuchungsgegenstände „Gemeinde“ und „Betrieb“ und die betroffenen sozialen Gruppen sowie ihre Verbände beziehungsweise Gewerkschaften konzentrieren, wobei jeweils spezifische Schwerpunkte gewählt werden: Während eine der auf den Primärsektor bezogenen Untersuchungen

198 Vgl. Lüdtke 1989, S. 1-28.

199 Vgl. Niethammer, Lutz: Annäherung und Wandel. Auf der Suche nach den volkseigenen Erfahrungen in der Industrieprovinz der DDR, in: Lüdtke, Alf (Hrsg.): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebenswelten, S. 283-354, Frankfurt a.M., New York 1989.

200 Vgl. Herbert 1985, S. 19.

201 Vgl. Jureit, Ulrike: Erinnerungsmuster. Zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager, Hamburg 1999, S. 390.

202 Vgl. ebd., S. 26ff, 394f. sowie Dies.: Konstruktion und Sinn. Methodische Überlegungen zu biographischen Sinnkonstruktionen, Oldenburg 1998; Vgl. Herbert 1983, S. 268.

203 Vgl. Plato, Alexander von: Oral History als Erfahrungswissenschaft. Zum Stand der „mündlichen Geschichte“ in Deutschland, in: BIOS 4, (Heft 1) 1991, S. 97 - 119, Leverkusen 1991.

204 Ein populär angelegtes Beispiel dafür lieferte Plato, Alexander von; Leh, Almut: „Ein unglaublicher Frühling“. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945 - 1948, Bonn 1997.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 214

ausgehend vom staatlichen „Programm Nord“ in beispielsweise sechs ausgewählten, unterschiedliche Konturen aufweisenden Dörfern der Marschen an der Westküste und Geestregion auf dem Mittelrücken sozusagen „von oben kommend“ den Wandel analysierte, dabei die Mitgestaltung durch Kammern und Verbände berücksichtigte, könnte eine zweite Studie von bäuerlichen Familien ausgehend, sozusagen „von unten kommend“ weit stärker den erfahrungshistorischen Ansatz mit eigenen Fragestellungen wählen, dabei die ganz konkrete Rolle des Bauernverbandes und (kommunal-)politischer Organisation berücksichtigen. An denkbaren Einzelfragestellungen seien aufgelistet: neu hinzuziehende und alte „Fremde“ im Dorf, Wandel der ländlichen Kultur- und Bildungsangebote, Veränderungen der Familienstrukturen und Geschlechterrollen, der Arbeitsverhältnisse und des Arbeitsalltags, Spezialisierungen, Intensivierungen und Technisierungen, ständige Anpassungsprozesse, retrospektive Wahrnehmungen des Wandels und der eigenen Rollen, Veränderungen der Selbstbilder und so fort.

Bezogen auf die Industriestudien bietet sich die Gliederung nach Unternehmen an: Aufgrund ihrer Bedeutung und traditionellen Verankerung könnte man die „Ahlmann-Carlshütte“ in Büdelsdorf/Rendsburg zum Gegenstand erheben, außerdem die „Howaldtswerke Deutsche Werft-AG“ in Kiel. Während beide Gegenstände die Verbindung von Struktur und Erfahrung nahelegen, von der Institution Betrieb ausgehend sämtliche innerbetrieblichen Gruppen – (Fach-)-Arbeiter, (Werks-)Meister, Angestellte, Management – zu Untersuchungsgegenständen erheben würden, wären aufgrund der Unterschiedlichkeiten in der Struktur und Quellenlage methodisch-inhaltliche Profilierungen gleichwohl angelegt: Es seien nur als Unterschiede angedeutet, dass Schiffbau und Hütte bzw. Metallverarbeitung differieren, in Büdelsdorf eine ansässige Unternehmerfamilie existiert, in Kiel hingegen das Modell der Aktiengesellschaft und verschachtelter Besitzverhältnisse strukturieren, der Schiffbau in Kiel massive staatliche Beteiligung und Intervention erfährt, in Büdelsdorf dagegen fast ausschließlich Marktabhängigkeit und -orientierung den Rahmen vorgeben sowie schließlich aus der gewerkschaftlichen Perspektive Gegenstücke vorliegen: sehr hoher und sehr geringer Organisationsgrad mit entsprechenden Folgen. Spezifische, zu bearbeitende Fragestellungen liefern zum Beispiel: Verlust der industriellen Lebensentwürfe, Quartierwandel und milieutypische Reaktionsmuster, die Suche nach Rolle und Integration der „Fremden“, der „Gastarbeiter“ und ihrer Familien, rekonstruierte Selbstbilder von Arbeiterschaften und Managements mit Fragen danach, wie weit sie sich als Verteidiger oder Modernisierer begriffen, ob Absichten und Folgen des Handelns zusammen fielen, wie sich die emotionalen Bindungen an Betrieb und Branche entwickelten und so fort.

Die Untersuchungszeiträume würden leicht differieren, bei den Studien zur Landwirtschaft und ländlichen Gesellschaft im Wesentlichen die 1960er und 1970er Jahre, bei den Industriestudien im We-

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 215

sentlichen die 1970er und 1980er Jahre betreffen. Die massiven Arbeitsplatzverluste schaffen in beiden Sektoren des Strukturwandels die Dramaturgie des Geschehens, allerdings sollte die Grundperspektive nicht eine Geschichte des Verlustes oder der Niederlagen, sondern zunächst einmal die Normalität des Geschehens bilden – und den Zielkonflikt zwischen Verzögerung und Abfederung des Wandels für die Betroffenen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Kosten nicht aus dem Auge verlieren: die Geschichte eines „Lands im *Um*bau“.

06 Danker 20.06.2007 0:51 Uhr Seite 216